

(Minister Dr. Fritz Behrens)

(A) te sagen: Wir stehen kurz vor dem Abschluss unserer Prüfungen. Wir empfinden das, was die Koalitionsfraktionen bei der dritten Lesung einbringen werden, als eine wichtige politische Rückendeckung und Unterstützung. Wir werden sehen, was ab dem Jahr 2002 möglich ist und ob es möglich ist, mehr und besser als bisher zu pauschalieren, um so den Gemeinden, den Gemeindeverbänden und den Kreisen ein Stück Freiheit in der Verwendung von Mitteln zurückzugeben. Die Bildung der Kinder muss auch in Zukunft in sicheren und gesunden Gebäuden und Räumlichkeiten garantiert werden können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Minister. - Eine weitere Wortmeldung liegt vor. Für die CDU spricht Herr Kollege Lindlar.

Hans Peter Lindlar (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will Sie nicht lange aufhalten.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das können Sie nicht, Sie haben nur eine Minute!)

(B)

- Zwei Minuten, Herr Dr. Horstmann. Die nutze ich aber nicht aus, wenn Sie mich nicht stören.

Ich bitte Sie, Folgendes zur Kenntnis zu nehmen, weil Sie wieder diese Mär von dem Rechtsanspruch auf Kindergartenplätze, den der Bund angeblich geschaffen hat, ohne die entsprechenden Finanzen zur Verfügung zu stellen, hier verbreitet haben.

Es hat damals, etwa 1996, einen föderalen Konsolidierungspakt gegeben.

(Zurufe von der SPD)

Damals sind die Steueranteile der Länder und Kommunen an der Umsatzsteuer von 46,5 % auf 50,5 % angehoben worden. In diesem Zusammenhang ist ausdrücklich gesagt worden, dass damit der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz umzusetzen ist. Ich bitte Sie, die Märchen-erzählerei einzustellen und sich zu informieren, was wirklich passiert ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Lindlar. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Zur **Abstimmung** kommen wir, wie gesagt, erst morgen.

Ich rufe **Nummer 4** auf:

Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Hier haben wir die beiden Teilbereiche a) Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Naturschutz und b) Umwelt. Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/810 sowie auf die Änderungsanträge der Fraktion der CDU Drucksachen 13/933 bis 13/936.

Ich eröffne die Beratung zu dem ersten Teilbereich

a) Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Naturschutz

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Uhlenberg das Wort.

(D)

Eckhard Uhlenberg (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bewältigung der BSE-Krise, der Schutz der Verbraucher und die Unterstützung der Landwirtschaft müssen jetzt erfolgen. Darauf konzentrieren sich die Anträge der CDU-Landtagsfraktion bei den Haushaltsplanberatungen, was diesen Teil des Einzelplans 10 angeht.

Aufernde Programme und endlose Diskussionen ohne die notwendigen Entscheidungen auch im finanziellen Bereich, Herr Finanzminister, reichen nun wirklich nicht mehr aus, um BSE und deren Folgen zu bekämpfen. Das galt für Herrn Funke, das gilt offensichtlich inzwischen auch für Frau Künast, und das gilt auch für den Verantwortungsbereich von Frau Ministerin Höhn in Nordrhein-Westfalen.

Seit Monaten diskutieren wir über die Realisierung eines Programms, um den Betroffenen zu helfen. Die Landesregierung hat angekündigt, ohne dass etwas geschieht. Die viel beschworene Achse Höhn-Künast trägt nicht; sie bringt auch nichts.

(Eckhard Uhlenberg [CDU])

- (A) Nach der Antragslage der Koalitionsfraktionen und der Landesregierung zum Haushaltsplan sollen in Nordrhein-Westfalen im Gegensatz zu den anderen Bundesländern, auch zu Bundesländern, die SPD-regiert sind, wie z. B. Rheinland-Pfalz, die Betroffenen weiterhin weitgehend leer ausgehen. Den Schlachtunternehmen droht der Ruin, weil die Kosten der BSE-Tests und eine vernünftige Finanzierung der Kadaver-Entsorgung in Nordrhein-Westfalen nicht geregelt sind.

Es stellt sich die Frage, meine Damen und Herren: Warum handelt die Koalition nicht, wenn die Existenz von Betrieben und damit von Tausenden von Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen auf dem Spiel stehen? Andere Bundesländer warten nicht mehr auf die von Frau Höhn angekündigte Bund-Länder-Regelung, weil Frau Künast das wohl nicht geregelt bekommt, sondern sie handeln in ihrem Verantwortungsbereich. Das führt dazu, dass von Nordrhein-Westfalen die Tiere zum Schlachten in andere Bundesländer oder ins Ausland gebracht werden, weil dies günstiger ist. Dies führt zu Wettbewerbsverzerrungen. Dies ist eine unfaire Politik. Deshalb stellt die CDU heute nochmals drei wesentliche Anträge zur Abstimmung. Wir haben das schon im Ausschuss getan.

- (B) Erstens: 17 Millionen DM für ein BSE-Soforthilfeprogramm, um betroffenen Betrieben Überbrückungskredite zur Verfügung zu stellen. Dies ist notwendiger denn je, weil gerade viele kleinere Schlachtunternehmen die Kosten nicht mehr aufbringen können. Ich rate Ihnen: Gehen Sie einmal in Ihren Wahlkreisen zu diesen Betrieben und reden Sie mit Unternehmern und Arbeitnehmern.

Zweitens: 21 Millionen DM zur Erstattung der BSE-Schnelltest-Kosten. Dies ist aus den gleichen Gründen dringend notwendig, weil es auch hier bis zur Stunde keine Vereinbarung mit Berlin gibt.

Drittens: 15 Millionen DM Anschubfinanzierung für die Kosten der Tierkörperbeseitigung. Dies ist in anderen Bundesländern geregelt, in Nordrhein-Westfalen nicht.

Das Verbot der Tiermehlverwertung hat zu einer Kostenexplosion geführt. Deshalb sollte sich auch Nordrhein-Westfalen, wie es andere Bundesländer bereits praktizieren, umgehend an der Finanzierung beteiligen. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen läuft in allen diesen Bereichen ein Stück hinter der Entwicklung und der

Praxis in anderen Bundesländern hinterher. Auch hier ist das Ergebnis: Die Tiere werden aufgrund der hohen Kosten, die bei den Betrieben bleiben, immer weniger in Nordrhein-Westfalen geschlachtet und vermarktet.

Die Landesregierung hat beschlossen, dass in diesem Jahr für 1,6 Millionen Rinder keine Beiträge zur Tierseuchenkasse erhoben werden. Eine gute Entscheidung! Es wäre eine sehr gute Entscheidung gewesen, Frau Höhn, wenn der Einnahmeausfall in Höhe von 11 Millionen DM vollständig erstattet worden wäre. Denn die 6 Millionen DM reichen hinten und vorne nicht aus. Eine Rücklage sollte die Tierseuchenkasse im Zeichen von BSE und der Gefahr von Maul- und Klauenseuche nicht antasten. Die Konsequenz: Im nächsten Jahr müssen zusätzlich 5 Millionen DM von den Landwirten für die Tierseuchenkasse aufgebracht werden.

Ein anderes wichtiges Thema, das uns gerade in diesen Tagen beschäftigt: Die Ausweitung der Maul- und Klauenseuche nach Deutschland, möglicherweise nach Nordrhein-Westfalen, macht uns allen große Sorgen. Skandalös ist, dass das Umweltministerium eine Anfrage des Innenministeriums vom 31. Januar dieses Jahres, ob die Durchführung von Manövern der britischen Streitkräfte in Nordrhein-Westfalen vor dem Hintergrund der Übertragungsgefahr in Sachen Maul- und Klauenseuche zu verantworten ist, nicht beantwortet hat.

(Zuruf der Ministerin Bärbel Höhn)

Auch ein weiteres Schreiben des Innenministeriums vom 14. März 2001 wurde vonseiten des Umweltministeriums nicht beantwortet. Meine Damen und Herren, so kann Maul- und Klauenseuche in Nordrhein-Westfalen nicht bekämpft werden.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Ministerin Bärbel Höhn)

Bekämpft werden kann diese Seuche nur - das kommt hinzu -, wenn die Ringimpfung möglichst bald in Nordrhein-Westfalen eingeführt wird, um Schlimmeres zu verhindern.

(Beifall bei der CDU)

Der Umweltausschuss befasst sich federführend bei der Antragstellung mit der Streichung der Mit-

(C)

(D)

(Eckhard Uhlenberg [CDU])

- (A) tel für die Gewässerunterhaltung zweiter Ordnung in Nordrhein-Westfalen. Kollege Lindlar wird zu diesem unglaublichen Vorgang gleich Stellung nehmen.

Für einen Skandal halte ich, dass vonseiten der Bezirksregierung Köln den Wasserverbänden am 15. Januar mitgeteilt worden ist, dass im Jahre 2001 die Gewässerunterhaltung nicht mehr stattfindet. Die Bezirksregierung bezieht sich auf einen Erlass des Ministeriums vom 29. November 2000, in dem man sich auf ein Ausschussprotokoll der Sitzung vom 14. September beruft und mitteilt, dass sämtliche Förderprogramme 2001 auf null gesetzt werden.

Im Ausschuss hat es dazu keine Meinungsbildung, geschweige denn eine Abstimmung gegeben. Heute findet diese abschließende Abstimmung - ich befürchte, sie wird negativ ausgehen - hier im Plenum statt. Es spricht nicht für den Umgang dieses Ministeriums mit unserem Parlament, dass Vorgänge schon durchgezogen und per Erlass verkündet werden, die noch gar nicht hier im Landtag verabschiedet sind. Das ist Arroganz der Macht, wie wir sie immer wieder hier im Landtag, gerade auch in Relation zum Ministerium feststellen.

- (B) (Beifall bei der CDU)

Ich verweise auf die drei wichtigen Anträge der CDU-Landtagsfraktion. Wenn Sie nicht nur Programme verabschieden wollen, sondern wenn Sie auch heute bei der Verabschiedung des Haushaltsplans in zweiter Lesung einen Beitrag leisten wollen, dass den Betroffenen im Zusammenhang mit BSE auch in Nordrhein-Westfalen und nicht nur in anderen Bundesländern geholfen wird, unterstützen Sie bitte die CDU-Anträge. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Uhlenberg. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Schmid das Wort.

Irmgard Schmid (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Uhlenberg, ich glaube, die Rundumschläge, die Sie

wiederholt hier vortragen, bringen uns und die Agrarwirtschaft nicht weiter. (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn Sie gerade das aktuelle Thema MKS ansprechen, glaube ich, vorbeugende Maßnahmen sind der größte Schutz. Aber ich möchte Ihnen aus der heutigen dpa-Meldung zu der Situation im nordrhein-westfälisch-niederländischen Grenzgebiet etwas sagen. Wenn ich lesen muss, dass nach Angaben des Ministeriums seit dem 1. Februar 1.200 Transporte von Klauentieren aus den Niederlanden in Nordrhein-Westfalen angekommen sind, so muss uns das nachdenklich stimmen. Bei den meisten Tieren handele es sich um Schweine. Wenn es um Seuchenprophylaxe geht, sollten wir gemeinsam darüber nachdenken, ob es gerade bei Schweinezucht und -mast wieder zu mehr geschlossenen Systemen kommen kann.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Ministerin
Bärbel Höhn: Sehr gut!)

Das hilft sicherlich der Landwirtschaft, den Verbrauchern und der Seuchenprophylaxe.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Was hat das mit meinen Anträgen zu tun?) (D)

- Ihre Anträge haben wir bereits im Ausschuss ausgiebig diskutiert. Auch unser Haushalt hat entsprechende Maßnahmen vorgesehen, wenn auch nicht in dem Bereich.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Welche denn?
Helmut Diegel [CDU]: Erzählen Sie, wo!)

- Jetzt können Sie mit Ihren Zwischenrufen weitermachen; darauf werde ich nicht mehr antworten.

Jedenfalls darf ich in Erinnerung rufen, dass ich mir zur Vorbereitung der heutigen Rede noch einmal die Worte von Horst Steinkühler vom 13. Dezember 1999 genau angesehen habe, und ich habe das Plenarprotokoll studiert. Dies hat mir eindrucksvoll gezeigt, dass die nordrhein-westfälische Landwirtschaft mit Horst Steinkühler einen wichtigen Sprecher und Vordenker gehabt hat. Ich werde mir deshalb einige Passagen von Horst Steinkühler für meine heutige Rede wörtlich zu Eigen machen. Herr Uhlenberg, hören Sie zu! Sie sind heute mindestens genauso aktuell wie vor 15 Monaten.

(Irmgard Schmid [SPD])

- (A) Eingangs hatte Horst Steinkühler ausgeführt, dass gerade die Vorgehensweise der CDU auf Bundes- und Landesebene im Bereich der Landwirtschaft in der Vergangenheit den Landwirten und der Landwirtschaft nur scheinbar geholfen hat.

Eckhard Uhlenberg kommentierte diese Aussage von Herr Steinkühler damals mit den Worten: "Sie sind lustig!" - Lieber Eckhard Uhlenberg, aus heutiger Sicht müssen wir leider feststellen, wie wenig lustig die Ausführungen von Horst Steinkühler zum Haushalt 2000 waren.

(Beifall bei der SPD)

Wie dramatisch die Situation für die Landwirtschaft jetzt ist, wird von Ihnen auch zu Recht beschworen. Dramatisch, das sehen wir in diesem Hohen Hause sicherlich alle gleich.

(Helmut Diegel [CDU]: Wo sind Ihre Anträge?)

- (B) Wichtig ist es deshalb jetzt, endlich die Bereitschaft zu entwickeln, aus der landwirtschaftlichen Krise auch die richtigen Schlüsse zu ziehen. Hier reicht es eben nicht aus, einfach herzugehen, dreistellige Millionenbeträge aufzuschreiben und zu sagen: Lieber Staat, jetzt muss das Geld her, damit es den Landwirten besser geht. - Damit kommen wir nicht durch. Was wir brauchen, ist das Umsteuern in der Landwirtschaftspolitik, ein Umsteuern - das will ich deutlich sagen - mit den Landwirten, mit den Verbrauchern, mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Ernährungsindustrie und auch - hier scheint ein besonderes Problem zu liegen - mit dem Einzelhandel. Hier gilt es, Brücken zu bauen und keine Gräben aufzureißen. Lassen Sie das also, Herr Uhlenberg! Hieran müssen wir gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Hier - auch dies können Sie der letzten Haushaltsrede von Horst Steinkühler wörtlich entnehmen - kann die Situation der Landwirtschaft langfristig nur verbessert werden, wenn für die landwirtschaftlichen Produkte Preise erzielt werden können, die ihren Produktionskosten und ihrem gesellschaftlichen Wert entsprechen. Solange dies nicht der Fall ist, laufen sämtliche Diskussionen über Sinn und Zweck staatlicher Förderung schlussendlich am Problem vorbei.

(C) Deshalb müssen wir die Position der leistungsfähigen Betriebe dadurch stärken, dass wir die Position der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken. Es muss uns gelingen, die Verbraucherinnen und Verbraucher über die Qualität und besonders auch die Qualitätsunterschiede von Lebensmitteln transparent zu informieren. So leisten wir einen Beitrag dazu, dass landwirtschaftliche Produkte wieder die Preise am Markt erzielen können, die den Mühen, dem Können und dem unermüdlichen Arbeitseinsatz unserer bäuerlichen Familienbetriebe angemessen sind. Ich bin sicher, diesen Konsens werden wir mit den Landwirten finden; denn die Landwirte sind zu sinnvollen Veränderungen bereit. In den Haushaltsberatungen haben wir hierfür einige wichtige Grundsteine gelegt. Diese will ich in zwei Gruppen unterteilen.

Der erste Bereich ist der Bereich des Krisenmanagements. Das sind die Maßnahmen, die erforderlich sind, um unmittelbar und gleichzeitig möglichst unbürokratisch auf die BSE-Krise zu reagieren. Es muss endlich Klarheit geschaffen werden, wenn wir über Lebensmittelkennzeichnung reden.

(D) Die Haushaltsanträge der Koalitionsfraktionen sind im Zusammenhang zu sehen mit den bereits erfolgten Ergänzungen des Landeshaushalts im Rahmen des ersten und zweiten Nachtrags. Einige Punkte will ich herausgreifen.

Wir haben 28 neue Stellen im Bereich der Veterinärüberwachung eingerichtet. Wir haben gut 20 Millionen DM für die Durchführung von BSE-Tests bereitgestellt. Die Kommunen können Mittel in Höhe von bis zum 10 Millionen DM erhalten, wenn sie nachweisen - ich betone: nachweisen -, dass ihnen die Kosten hinsichtlich der Tierkörperbeseitigung sonst aus dem Ruder laufen. Dazu gehört aber auch, dass Kalkulationen offen gelegt werden; denn auf Zuruf kann es kein Geld des Steuerzahlers geben.

Die Rindfleisch erzeugenden Betriebe werden in diesem Jahr von den Beiträgen zur Tierseuchenkasse freigestellt. Dies ist ein unbürokratischer Weg, um zielgerichtet genau diejenigen zu unterstützen, die von der Krise besonders betroffen sind.

Mit einem Kreditprogramm zur Existenzsicherung von in Not geratenen Betrieben in Höhe von 2 Millionen DM leisten wir einen kleinen Beitrag

(Irmgard Schmid [SPD])

- (A) dazu, die Betriebe zu unterstützen, die besonders gebeutelt sind.

Ich will hier und heute darauf verzichten, die weiteren Maßnahmen erneut vorzustellen, die wir in unserem BSE-Antrag sehr ausführlich beschrieben und in diesem Hause bereits diskutiert haben.

Nach dem erforderlichen Krisenmanagement müssen wir aber auch langfristig arbeiten.

Erstens. Wir müssen die Landwirte weiter dabei unterstützen, die Futtergrundlage für ihre Tiere auf dem eigenen Hof selbst zu schaffen. Das wird aber nicht in allen Fällen gelingen. Hierzu werden wir ein kleines Programm auflegen, das dazu beitragen soll, die gleichzeitige Produktion von Eiweiß- und Energiepflanzen genauer zu untersuchen und den Landwirten interessante Einkommensalternativen zu bieten.

Zweitens. Ein Umsteuern in der Agrarpolitik erreichen wir nur, wenn wir keine neuen Gegensätze aufbauen. Ein Ausspielen von großen gegen kleine Betriebe, von Betrieben in den neuen Bundesländern gegen Betriebe in den alten Bundesländern und von Ökobauern gegen konventionell wirtschaftende Betriebe ist mit uns nicht zu machen. Wir benötigen eine flächendeckende leistungsstarke Landwirtschaft, die sämtliche Produktionsweisen und vor allen Dingen sämtliche Betriebsgrößen aufweist.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Drittens. Gerade bei der Umstellung von Fördermodalitäten bei der Nutzung der Modulation im Rahmen der Umsetzung der Agenda-2000-Beschlüsse werden wir die im Koalitionsvertrag zutreffend formulierten Anforderungen umsetzen müssen. Wir werden die Landwirtschaft weiterhin zu einem Modell für die nachhaltige Entwicklung ausbauen.

Viertens. Wir müssen darauf hinwirken, zu einer EU-weiten Harmonisierung im Umwelt- und Tierschutzrecht zu kommen. Dies schließt ein, dass wir endlich zu vernünftigen Regelungen im Hinblick auf Tiertransporte und Haltungsanforderungen kommen, und zwar im Konsens mit Verbrauchern und bäuerlichen Betrieben.

Fünftens. Bei der betrieblichen Investitionsförderung müssen wir immer die Erhöhung der Leistungsfähigkeit und die Stärkung der Wett-

bewerbsfähigkeit im Auge behalten. Nur wettbewerbsfähige und leistungsstarke Betriebe erwirtschaften das Geld, um die erforderlichen Umweltschutz-, Tierschutz- und Naturschutzaufgaben finanzieren zu können.

(C)

Über das zurzeit dominierende Agrarthema werden wir die anderen wichtigen Themen nicht vergessen. Ich will diese inhaltlich nicht weiter groß ausführen, möchte es aber nicht versäumen, sie uns allen zumindest stichpunktartig in Erinnerung zu rufen.

Wir werden den Tierschutz in der Landesverfassung verankern. Hierzu benötigen wir insbesondere die Zustimmung der CDU-Fraktion. In diesem Fall ist der CDU-Fraktionsvorsitzende den Tierschützern im Wort.

Wir haben die Mittel für die Waldkalkungen erhöht und müssen sicherstellen, dass den Waldbauern die höchstmöglichen Fördersätze zuteil werden können.

Wir erhöhen den Mittelansatz für die Biotopkartierung und den Ankauf von Naturschutzflächen. Im kommenden Jahr stehen wichtige Umsetzungsschritte im Zusammenhang mit der FFH-Richtlinie an. Diese werden wir weiterhin im guten Dialog mit den wichtigsten Akteuren voranbringen.

(D)

Die Diskussion über die Landeshundeverordnungen in den einzelnen Bundesländern müssen wir dringend mit dem Ziel der bundesweiten Vereinheitlichung zu Ende bringen. Dies erwarten die Menschen in Nordrhein-Westfalen zu Recht von uns. Hierbei wird es darum gehen, zu allseits verträglichen Lösungen zu kommen, die den Schutz des Menschen selbstverständlich in den Vordergrund stellen, dabei aber die berechtigten Anliegen der seriösen Hundehalter nicht außer acht lassen. Wir erwarten dringend die Ergebnisse der seit Monaten laufenden Abstimmungsgespräche auf Bundesebene.

Abschließend möchte ich das sagen, was ich bereits im Ausschuss gesagt habe: Dieser Einzelplan wächst um mehr als 4 %. Das wird der Landwirtschaft, den ländlichen Räumen und dem Verbraucherschutz dienen. Ich bin der Meinung, der Haushalt ist eine gute Basis, sofern wir nicht von weiteren Katastrophen geschüttelt werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

(A) **Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Frau Schmid. - Für die F.D.P.-Fraktion hat Herr Kollege Becker das Wort.

Felix Becker (F.D.P.): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Vorschläge, die die F.D.P.-Fraktion zum Einzelplan 10 eingebracht hat, sind von Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, rundweg abgelehnt worden. Unsere Vorschläge zur BSE-Thematik, die, wie Herr Kollege Priggen im Agrarausschuss ausführte, sich gar nicht weit von Ihren entfernen, wurden ebenfalls aus Gründen grün bestimmter, aber dann rot-grün umgesetzter Marktpolitik abgelehnt, eben Nordrhein-Westfalen AG.

Sie, verehrte Frau Ministerin, verpassen Ihrer konfrontativen Agrarpolitik den wohlklingenden Namen "Nachhaltigkeit", obwohl Nachhaltigkeit gerade in diesem Bereich traditionell am weitesten gediehen ist. Sie wollen damit ein Alleinstellungsmerkmal für die Ausfüllung der Agenda 21, zu der sich übrigens die alte Bundesregierung für uns alle international verpflichtet hat, besetzen.

(B) Dies wird Ihnen aber nicht gelingen, weil Sie die Grundlagen der Agenda 21 gar nicht verstanden haben. In der Agenda 21 wird nämlich gerade im Bereich der Landwirtschaft eine am internationalen und nationalen Konsens orientierte Politik gefordert. Wer wie Sie, wie es die Beratungen des Einzelplans 10 gezeigt haben, nicht konsensfähig, sondern konfrontationsbesessen ist, kann gar keine Agenda-Politik betreiben.

In Kapitel 32 fordert die Agenda eine Stärkung der Rolle der Bauern. Sie aber verprellen gerade diese. Und wenn die Landwirtschaft einmal selbst initiativ wird, fahren Sie ihr über den Mund, wie wir es bei der Vorstellung des Gutachtens der westfälischen Landschaft im Agrarausschuss erleben mussten.

Meine Damen und Herren, die Agrarpolitik Nordrhein-Westfalens ist von der Kalkulierbarkeit staatlichen Handelns durch eine Politik der ökologischen Konfrontation abgelöst worden, seit Sie, verehrte Frau Ministerin Höhn, hier Verantwortung tragen.

Zwar greifen Sie durchaus Aspekte der europäischen in Brüssel hergestellten Agrarpolitik auf,

(C) reiten dann aber auf dem Rücken der Landwirtschaft und auch des Gartenbaus eine NRW-Sonderrolle, die den Betroffenen schwer zu schaffen macht.

Ich kann Ihnen nur empfehlen, die Mahnungen von Außenminister Fischer auf Ihrem Parteitag in Stuttgart zu beherzigen, dass Agrarpolitik in Brüssel und nicht in Düsseldorf oder Berlin gemacht wird.

Sie haben den Eindruck erweckt, als begänne Agrarpolitik mit Künast und Höhn bei null. Das aber ist reine Bürgertäuschung. Im Einzelplan 10 haben Sie weder den Durchbruch aus der BSE-Krise noch Hilfen für die Betroffenen noch ein Saatbett für eine perspektivische Agrarpolitik gelegt. Sie haben ein paar Trostpflasterchen geklebt, mehr nicht.

Sie haben sich als NRW-Landwirtschaftsministerin, Frau Höhn, nicht gegen den falschen Eindruck gestemmt, dass BSE oder MKS mit fortschrittlichen modernen Formen der Landwirtschaft zusammenhängen. Sie haben einen falschen Eindruck sich verfestigen lassen. Sie haben sich so verhalten, weil Sie in BSE eine Beförderung Ihrer ideologischen agrarpolitischen Vorstellungen sehen. Diese Informationspolitik können wir, was die Haushaltsmittel dafür angeht, nicht verantworten. (D)

Natürlich ist die Agrarpolitik in einer Situation, die vor allem auf planwirtschaftliche Elemente zurückzuführen ist. Wir Liberale erkennen seit langem die Notwendigkeit einer mehr marktwirtschaftlichen Neuausrichtung der Agrarpolitik. Verbraucherschutz, die zu befriedigenden Informationsbedürfnisse der Verbraucher, ja die gläserne Landwirtschaft brauchen eine langfristig angelegte Agrarpolitik ebenso wie eine stärkere Betonung von Agrarumweltpolitik, die den gesellschaftlichen Wert und die Leistungen für den ländlichen Raum definiert und honoriert.

Dabei müssen der einzelne Betriebsleiter und seine Familie im Zentrum stehen, denn vor allem sie bilden das Rückgrat einer perspektivischen Ausrichtung der Agrarpolitik. Im Einzelplan 10 haben Sie das nicht ausreichend erkannt.

Ökolandbau als Marktsegment findet unsere Unterstützung. Im Einzelplan 10 eröffnen Sie aber Dauersubventionsperspektiven, die wir nicht mit-

(Felix Becker [F.D.P.]

- (A) tragen können. Sie sind uns auch eine Begründung dafür schuldig, weshalb für die Förderung des Ökolandbaus staatliche Mittel eingesetzt werden. Wenn Frau Künast ausführt, ökologisch sei der höchste Genuss, dann fordere ich Sie auf, Frau Künast einmal die Ergebnisse des bundesweiten Lebensmittelmonitorings zur Verfügung zu stellen, aus dem wir ja wissen, dass sich qualitative Unterschiede zwischen Öko- und konventionellen Produkten gar nicht ergeben.

Das haben Sie auch so in Ihrem Koalitionsvertrag, verehrte Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, niedergeschrieben. Und nun gehe ich einmal davon aus, dass wenigstens Sie das, was in Ihrem Koalitionsvertrag steht, richtig finden. Und wenn das der Fall ist, so stellt sich doch wirklich die Frage, warum staatliche Mittel zur Förderung des Ökolandbaus aus Qualitätsgründen eingesetzt werden.

Ich finde, wer den Ökolandbau staatlich fördert, verhält sich so, wie Sie es im Einzelplan 10 getan haben: Er fördert die S-Klasse, nicht aber das Drei-Liter-Auto.

(Beifall bei der F.D.P.)

- (B) Der Waldschadensbericht deckt Handlungsbedarf für Nordrhein-Westfalen auf. Im Einzelplan 10 ist hier nicht der richtige Schwerpunkt gesetzt worden. Waldsterben macht vor Waldbesitzarten keinen Halt. Wer private und öffentliche Waldbesitzer mit einer kleinlichen Forstgesetzgebung zum Vorhalten von Totbäumen zwingt, der kann auch Mittel zur Kalkung als Gegenmaßnahme zum Waldsterben so einsetzen, dass sie angenommen werden.

Nordrhein-Westfalen hat eine gewachsene Forstverwaltung. So lange sind Sie auch noch nicht Forstministerin, Frau Höhn. Unsere nordrhein-westfälische Forstverwaltung droht geschlossen, die Umtriebszeit zu erreichen. Die Naturverjüngung fehlt. Das ist keine nachhaltige Forstpersonalpolitik. Junge ideenreiche Forstbeamte fehlen, weil Sie Ihre Beamten lieber damit beschäftigen, überflüssige Bürokratismen zu erzeugen und Statistiken herzustellen.

Wie erklären Sie eigentlich Ihren Forstbeamten, dass es keine Mittel mehr für die Einstellung junger Förster gibt, wenn Sie gleichzeitig Mittel dafür haben, beispielsweise ein Genrapsmonitoring zu

finanzieren, bei dem sich der Bund und NRW die Kosten teilen, während sich andere Bundesländer daran finanziell nicht beteiligen? Nordrhein-Westfalens Beteiligung ist ja schön, aber eine Überstrapazierung des Steuerzahlers in Nordrhein-Westfalen ist aus Gründen grüner Ideologie nicht vertretbar. (C)

Wenn sich der Ökolandbau tatsächlich vermehren lässt, dann hat dies direkte Auswirkungen auf die natürliche Substanz unseres Landes. "Schützen durch nutzen" sind Ihre Worte, Frau Ministerin. Für die ökologische Substanz ist es aber völlig egal, ob eine Feuchtwiese von einem Bauern oder durch eine biologische Station gemäht wird. Sie fördern aber vor allem biologische Stationen, weil Sie damit Ihre Klientel erreichen wollen.

Schichten Sie Naturschutzmittel in landwirtschaftliche Mittel um. Das würde der Landwirtschaft neue Perspektiven geben und gleichzeitig eine berufsbezogene Bindung der Landwirte an den Naturschutz fördern. Genau das brauchen wir für die zweite Säule der Agrarumweltpolitik.

Die nordrhein-westfälische Naturschutzbürokratie trägt zuweilen diktatorische Züge. Manchmal arten die Verhandlungen bei Eingriffen in Natur und Landschaft in den Stil eines orientalischen Basarhandels aus. Der Vollzug der Eingriffsregelung gerät zu einer manchmal entwürdigenden Tortur. Sie wollen dies ändern. Ich fürchte nur, dass Sie mit einer überdrehten Akademisierung des naturschutzrechtlichen Verursacherprinzips wieder mehr Porzellan zerschlagen. (D)

(Beifall bei der F.D.P. - Widerspruch des Dr. Bernhard Kasperek [SPD])

Sie lassen sich hierzu im Haushalt wieder Geld für teure Gutachten bereitstellen. Hier kann man nur hoffen, dass nicht wieder eine so grün manipulierte akademische Missgeburt wie die Ihres Lieblingsgutachters Nohl zustande kommt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Machen Sie das Verfahren, das Sie für die Eingriffsregelung in der Bauleitplanung eingeführt haben, allgemeinverbindlich. Damit kann man leben, das wird dem Verursacherprinzip gerecht und spart teure Gutachten.

Im Übrigen sind Sie bei der Gestaltung der Eingriffsregelung auch sonst nicht so zimperlich.

(Felix Becker [F.D.P.]

- (A) Immerhin haben Sie in einem Akt ausgeprägter Gesetzgebungswillkür die Errichtung von bis zu zwei Windmasten, obwohl gerade diese das Landschaftsbild besonders beeinträchtigen, vollkommen aus der Eingriffsregelung herausgenommen.

Meine Damen und Herren, Bundestagspräsident a. D. Barzel hat heute Karl Arnold mit den Worten zitiert, Nordrhein-Westfalen sei nicht das Land, in dem Lämmer auf Weiden weideten. Immerhin beraten wir den Agrarhaushalt vor dem Haushalt des Ministerpräsidenten. Uns reicht dies aber nicht. Wir lehnen den Einzelplan 10 ab. - Ich bedanke mich für Ihre Geduld.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Becker. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Herr Kollege Rimmel das Wort.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf einen Teil meiner Ausführungen kann ich verzichten, weil manches schon gesagt worden ist. Ich will meine Rede auch nicht so weit ausdehnen.

- (B) Aber ein paar Worte zu den Ausführungen der F.D.P. seien mir gestattet. Der Grundsatz, alle Politikbereiche mit derselben ideologischen Brille zu betrachten und überall weniger Planwirtschaft und mehr Marktwirtschaft zu verlangen, wird den aktuellen Problemen in der Landwirtschaft gar nicht gerecht. Herr Becker, bei aller Wertschätzung, Sie tragen den aktuellen Problemen nicht angemessen Rechnung. Sie haben keine Ausführungen dazu gemacht, wie und wo Ordnungspolitik greifen soll. Ihre grundsätzlichen Konzepte in diesem Bereich sind weder im Ausschuss noch heute deutlich geworden. Angesichts der aktuellen Lage in der Landwirtschaft brauchen wir eine starke Ordnungspolitik, wenn es um Lebensmittel geht. Das hat wohl jeder in den letzten Tagen und Wochen lernen können. In diesem speziellen Bereich helfen ideologische Aussagen von mehr Markt und weniger Planwirtschaft nicht weiter.

Was mich aber entsetzt hat - allerdings nicht deswegen, Herr Möllemann, weil ich mich immer

gerne empöre -, ist das, was die CDU heute ausgeführt hat. (C)

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Völlig entsetzt sind Sie!)

- Völlig entsetzt, ja.

(Dr. Stefan Grüll [F.D.P.]: Geradezu empört!)

- So weit geht es dann doch nicht, weil ich es aufgrund der Ausschussberatungen erwartet hatte.

Die CDU hat heute drei Strophen gesungen - im Prinzip waren es nur zwei -: Die erste Strophe lautete, wir brauchen wegen BSE mehr Geld für die Bauern.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Nicht nur für die Bauern! Da haben Sie nicht richtig zugehört!)

Die zweite Strophe beschränkte sich darauf, dass Ihnen zur Maul- und Klauenseuche nur zwei Schreiben einfielen, die von der Landesregierung nicht beantwortet seien. Die dritte Strophe zum Thema Gewässerunterhaltung war dann wieder, wir brauchen mehr Geld für die Bauern. Das ist als Antwort auf die Frage, wie wir mit den Problemen in der Landwirtschaft umgehen, zu dünn. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN und bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Entsetzt hat mich das deshalb

(Dr. Stefan Grüll [F.D.P.]: Völlig entsetzt!)

- das sage ich Ihnen auch ganz offen -, weil Sie vor Wochen noch neue Linien in der Landwirtschaftspolitik angekündigt haben, aber schon wenige Wochen später total auf Ihre alte Linie zurückgefallen sind: Sie fordern Subventionen für die Landwirtschaft und sonst nichts. Das ist angesichts der aktuellen Lage zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Landeshaushalt in Zeiten von BSE und Maul- und Klauenseuche erinnert an den Romantitel "Liebe in Zeiten der Cholera". Nur handelt es sich hier um Realität und ein Happy End ist nicht ab-

(Johannes Remmel [GRÜNE])

- (A) zusehen. Wir müssen jedenfalls hart arbeiten, um überhaupt zu einem Happy End zu kommen.

Wir haben die Hausaufgaben gemacht. Ich erinnere an die entsprechenden Anträge und auch an die durch die Koalitionsfraktionen beschlossenen Verbesserungen in den Ausschussberatungen, gerade was die Unterstützung der Landwirtschaft im Zusammenhang mit BSE angeht. Wir haben eine Aufklärungskampagne zu BSE beschlossen, es sind mehr Mittel für die Veterinäruntersuchungsämter eingestellt worden, eine Ökoland-Kampagne ist neu in den Haushalt eingestellt worden, wir fangen im Haushalt Beitragsausfälle bei der Tierseuchenkasse auf, wir haben zusätzliche Mittel als Liquiditätshilfe für Rinderhaltende Betriebe und einen Betrag von 10 Millionen DM in den Haushalt eingestellt, um den Kommunen bei den Verwaltungsausgaben für die Tierkörperbeseitigung zu helfen.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Wie wäre es, wenn Sie Ihre Rede einstellen?)

Unsere Hausaufgaben im Bereich BSE haben wir also gemacht. Mehr Gelder in den Haushalt einzustellen, meine Damen und Herren, wäre im Sinne der Verhandlungen, die zurzeit mit dem Bund laufen, natürlich nicht sinnvoll, weil wir damit signalisierten, wir brauchten in diesem Bereich gar kein Geld vom Bund. In dieser Phase müssen wir uns mit dem Bund über Hilfen für die Landwirtschaft auseinander setzen. Dafür allerdings brauchen wir entsprechende Vorgaben, die wir mit dem Landeshaushalt machen.

- (B) Meine Damen und Herren, an dieser Stelle ist es richtig und sinnvoll, noch einmal darauf hinzuweisen, dass wir in Nordrhein-Westfalen nicht jene Diskussion um die Landwirtschaftspolitik des Landes haben, wie es beispielsweise in Bayern der Fall ist, weil wir eben mit einer rot-grünen Landesregierung und auch mit Frau Ministerin Höhn die Weichen schon sehr frühzeitig in eine andere Richtung gestellt und vorsorgende Politik betrieben haben. Davon können wir heute zehren.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Wird hier jetzt weniger geschlachtet?)

Nur wird das allein nicht ausreichen. Auch wird es nicht ausreichen, auf Bundesebene eine andere

Richtung einzuschlagen. Wir brauchen eine grundsätzliche Agrarwende, die aber in Europa erfolgen muss. Das ist der entscheidende Punkt.

(C)

Eine gewisse Weichenstellung muss von den Bürgerinnen und Bürgern im Lande ausgehen, damit Europa tatsächlich beweglich wird. Das Vertrauen in die Europapolitik wird im Übrigen gerade davon abhängen, ob eine agrarpolitische Wende erfolgt oder nicht.

Meine Damen und Herren, des Weiteren sind auch einige Verbesserungen in anderen Bereichen hervorzuheben.

Im Bereich Naturschutz sind gegenüber dem Ansatz 2000 6,4 Millionen DM mehr eingestellt worden. Wir wollen damit vor allem das in den letzten Jahren vernachlässigte Programm zum Grundstücksaufkauf, aber auch die Biotopkartierung fortsetzen.

Zusätzlich eingestellt haben wir - dafür haben wir entsprechend gearbeitet - 2 Millionen DM für die NRW-Stiftung, um die Projekte auf dem Gebiet Naturschutz, Kultur- und Heimatpflege nachdrücklich zu unterstützen. Das ist eine wichtige Aufgabe.

Die Anträge der Opposition haben wir schon im Ausschuss abgelehnt. Das werden wir auch heute tun, weil sie keinen substanziellen Weg zur Bewältigung der aktuellen Probleme zeigen. Ich bitte deshalb, die Anträge der Opposition abzulehnen.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN und bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Remmel. - Für die Landesregierung hat jetzt Frau Ministerin Höhn das Wort.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Haushaltsberatungen - das weiß ich aus meiner Zeit als Abgeordnete - sind das, was das Parlament selbst immer als seine Sternstunde bezeichnet: Da blickt man auch einmal über ein Jahr hinaus,

(Ministerin Bärbel Höhn)

- (A) redet über Perspektiven, die es in den einzelnen Fachbereichen zu eröffnen gilt.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Machen Sie es einfach mal!)

- Das mache ich gerne. - Gestern haben wir uns im Kabinett mit Vertretern der Landwirtschaft, der Tierärzte, des Naturschutzes und der Verbraucherverbände zusammengesetzt und über die neue Landwirtschaftspolitik nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch auf Bundesebene gesprochen. Wenn ich im Gegensatz dazu die beiden Reden der Oppositionsvertreter hier Revue passieren lasse, kann ich nur feststellen: Das war kalter Kaffee! Sie haben nichts von dem aufgenommen, worüber die ganze Republik momentan diskutiert. Genau diese Reden hätten Sie vor einem Jahr halten können. Sie haben so getan, als wäre in der Zwischenzeit nichts passiert.

Herr Uhlenberg, Ihr Fraktionsvorsitzender Rüttgers hat hier eine neue Richtung eingeschlagen. Er hat mit einem Antrag eine wirklich klare Wende der CDU in der Landwirtschaftspolitik eingeleitet. Was aber tun Sie? - Sie halten die Rede vom letzten Jahr!

- (B) (Beifall des Johannes Remmel [GRÜNE])

Mir erging es dabei so wie einst vor dem Fernseher, als die Neujahrsansprache von Helmut Kohl versehentlich ein zweites Mal ausgestrahlt worden ist. Sie haben nicht ein Wort zum Verbraucherschutz gesagt, so, als gäbe es ihn nicht, als wären nicht Verbraucherschutz und neue Landwirtschaftspolitik etwas, was man nur zusammen betrachten kann, weil mehr Verbraucherschutz auch den Landwirten nützt. Nein, Herr Uhlenberg, Sie hängen an der alten Landwirtschaftspolitik. Sie haben nichts verstanden! Nach drei, vier Monaten Krise halten Sie immer noch dieselben Reden wie vorher. Das ist traurig - nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Schmid hat es richtig dargestellt: Der Einzelplan 10 ist an diesem Punkt um 4 % gewachsen. Da freut sich die Fachministerin. Den Hintergrund für diese 4 % bildet in der Tat die neue Agrarpolitik: Wir haben in Nordrhein-Westfalen die uns durch die Agenda 2000 eröffneten Möglichkeiten

genutzt, auf der Grundlage der Verordnung "Ländlicher Raum" für die neue Landwirtschaftspolitik mehr Mittel nach Nordrhein-Westfalen zu holen, als es bisher gab. Dieser wesentliche Punkt macht die Steigerungen in meinem Haushalt aus: Es wird für die Landwirte über diese neue Agrarpolitik - sprich: über die Agenda 2000 - und eine geschickte Hereinholung von EU-Mitteln ungefähr 80 Millionen DM mehr geben als vor der Agrarwende.

(Dr. Stefan Grüll [F.D.P.]: Was heißt denn "Hereinholung"?)

Bei 80 Millionen DM mehr pro Jahr für die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen müssen Sie, Herr Uhlenberg, vielleicht doch einmal fragen, ob das nicht auch für viele Menschen, nämlich für die Landwirte, Perspektiven bringt.

(Beifall des Johannes Remmel [GRÜNE])

Ein Blick noch auf die momentanen und tagtäglichen Probleme. - Ich habe mich heute unentwegt mit der Situation beschäftigen müssen, dass es ganz in der Nähe unserer Grenze, 50 km von Nordrhein-Westfalen entfernt, einen akuten Fall von Maul- und Klauenseuche gibt. Frau Schmid hat insofern genau das Richtige festgestellt: Die Verbreitung der Maul- und Klauenseuche hat viel mit Tiertransporten zu tun, sie hat viel mit 1.200 Tiertransporten zu tun, die seit dem 1. Februar dieses Jahres von den Niederlanden nach Nordrhein-Westfalen gekommen sind. Ich weiß mittlerweile, Herr Uhlenberg, um wie viele Tiere es sich dabei handelt. Halten Sie sich fest: In dieser Zeit sind fast 200.000 Ferkel und Sauen aus den Niederlanden nach Nordrhein-Westfalen gebracht worden - fast 200.000 Tiere! Das ist die alte Agrarpolitik, und sie führt auch zur Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche, nichts anderes!

(Beifall des Johannes Remmel [GRÜNE])

Wir müssen zu einer Änderung finden, denn sonst wird es so weitergehen wie bisher.

Jetzt zur F.D.P., weil Herr Möllemann es mit seinem Ego einfach nicht ertragen kann, dass ich immer nur mit der CDU rede. Deshalb will ich gerne auch etwas zur F.D.P. sagen.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Um Gottes willen! Machen Sie nur weiter wie bisher!)

(C)

(D)

(Ministerin Bärbel Höhn)

- (A) Herr Becker, ich finde Ihre Art immer sehr charmant und nett. Gerade deshalb frage ich mich manchmal, ob Ihre Kritik so ganz überlegt ist. An einem wesentlichen Punkt möchte ich die Fakten auf den Tisch legen. Sie haben eben den Vertragsnaturschutz angesprochen und gemeint: Diese Höhn - wie könnte es anders sein? - steckt alles in die Biologische Station.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Edith Müller)

Ich nenne Ihnen einmal Zahlen dazu: Als ich 1995 als Landwirtschaftsministerin angefangen habe, hatten wir in Nordrhein-Westfalen 30.000 ha unter Vertragsnaturschutz. Ende 1999 waren es 110.000 ha - alles für die Bauern, nicht für die Biologische Station. Und mit der Verordnung "Ländlicher Raum" streben wir an - das ist mittelfristig schon gesichert -, 360.000 ha unter Vertragsnaturschutz zu nehmen. Also: 1995 30.000 ha, 2006 360.000 ha. Das ist eine Verzwölfachung. Herr Becker, das sind die Zahlen. Das ist das, was wir für den Vertragsnaturschutz in diesem Land tun. Das ist das, was wir für die Bauern in diesem Land tun, nämlich den Nutzern für eine extensive Landwirtschaft den Ausgleich dafür zu zahlen, dass sie Naturschutz und Landwirtschaft miteinander verbinden. Das werden wir in genau dem Sinne, wie ich es beschrieben habe, verstärken.

- (B) Was mich schon gewundert hat, ist, dass in dieser Debatte verhältnismäßig wenig auf den Verbraucherschutz eingegangen worden ist. Wir haben in unserem Ministerium den Verbraucherschutz als wichtigen Bereich erkannt und daraufhin im letzten Sommer als erstes Ministerium den Verbraucherschutz in den Namen des Hauses aufgenommen. Ich habe in diesem Ministerium erstmalig eine Abteilung Verbraucherschutz eingerichtet. Wir sind an diesem Punkt allen anderen weit voraus. Und wir werden eines tun: Wir werden mehr Rechte für die Verbraucherinnen und Verbraucher schaffen. Wir werden ein Verbraucherschutzinformationsgesetz erarbeiten und damit den Verbraucherinnen und Verbrauchern das Recht geben, Informationen über von uns durchgeführte Kontrollen zu bekommen. Die F.D.P. müsste da eigentlich mitmachen; denn das geht in ihre Richtung.

Ein wichtiger Punkt, der von einigen - interessanterweise nicht von Herrn Uhlenberg -

angesprochen worden ist, ist die Forstpolitik. Herr Becker, Sie haben gesagt, junge Forstbeamte fehlen. Das ist wahr. Aber dafür kann ich leider nichts. Das Problem ist - das müsste der Abgeordnete, der hinter Ihnen sitzt und früher in meinem Ministerium gearbeitet hat, Herr Ellerbrock, Ihnen besser sagen können -: Es gab eine Organisationsuntersuchung im Forstbereich, woraufhin dort kw-Stellen ausgebracht worden sind, die dazu geführt hätten, dass wir - wenn nicht die Ministerin Höhn gekommen wäre - bis zum Jahre 2020 keine jungen Forstbeamten hätten einstellen können. Das wäre ganz schlecht gewesen; denn dann hätten wir genau den Effekt gehabt, den wir jetzt teilweise in den Schulen haben, nämlich überalterte Kollegien.

Deshalb habe ich - übrigens in einem harten Kampf gemeinsam mit der SPD- und der Grünen-Fraktion - dafür gesorgt, dass diese kw-Stellen gestrichen worden sind und dass wir ab jetzt wieder junge Förster einstellen können. Es ist ganz wichtig, wieder junge Förster in die Forstverwaltung von Nordrhein-Westfalen zu bringen. Das machen wir auch; diese Stellen sind mittlerweile wieder geöffnet worden.

Wir wollen im Naturschutzbereich nicht nur Vertragsnaturschutz, sondern auch originären Naturschutz machen; denn wir wollen die Artenvielfalt, die biologische Vielfalt in diesem Land bewahren. Das ist ein wichtiges Gut. Jeder weiß, was es bedeutet, wenn wir die Arten nicht vorsorglich bewahren und am Ende viel Geld für ihren Erhalt aufwenden müssen.

Eines unserer Programme ist z. B. das Wanderfischprogramm, das sehr wichtig ist, weil es zum einen mit einer Verbesserung der Wasserqualität im Rhein und in den Nebenflüssen, gleichzeitig aber auch mit der Steigerung der Artenvielfalt einhergeht. Genau das mache ich übrigens gerne, Herr Becker, und zwar in Zusammenarbeit mit den Fischereiverbänden. Nur mit deren ehrenamtlicher Hilfe bin ich in der Lage, das Projekt zu realisieren, und beiden Seiten macht es Spaß.

Wir haben bei der FFH-Richtlinie den alten Streit bereinigen können: Im letzten Jahr sind 6,7 % der Landesfläche gemeldet und unter Schutz gestellt worden; das sind 228.000 ha. Ich will eines hinzufügen: Pünktlich in der vergangenen Woche sind die vollständigen Meldeunterlagen für mehr

(C)

(D)

(Ministerin Bärbel Höhn)

- (A) als 500 Natur- bzw. Vogelschutzgebiete an das Bundesumweltministerium gegangen. Das heißt, wir haben rechtzeitig gemeldet. Vom Bundesamt für Naturschutz haben wir die Bestätigung bekommen, dass unsere Gebietsmeldungen nicht nur vollständig sind, sondern auch ohne Abstriche den Auswahlkriterien der FFH-Richtlinie genügen. Das gilt nicht für andere Bundesländer; sie müssen nachbessern und ihre Hausaufgaben noch machen. Insofern sind wir ganz zufrieden.

Meine Damen und Herren, ich kann mich in dieser Frage, glaube ich, ruhig zurücklehnen. Wir haben momentan eine andere Debatte, was die Landwirtschaftspolitik angeht. Von daher sind wir mit dem, was wir in Nordrhein-Westfalen bisher gemacht haben, weit vorne. - Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Ministerin Höhn. - Dann sind wir am Ende mit der Beratung des Blocks a).

Ich rufe den zweiten Teilbereich auf:

- (B) **b) Umwelt**

Als erster spricht der Kollege Lindlar für die CDU. Bitte schön, Herr Lindlar, Sie haben das Wort.

Hans Peter Lindlar (CDU): Frau Präsidentin! Lieber Herr Möllemann, vielen Dank für Ihren aufmunternden Beitrag! Meine Damen und Herren, es wird Sie nicht verwundern, wenn ich am Anfang deutlich sage, dass die CDU den Einzelplan 10 im Bereich Umwelt auch in diesem Jahr ablehnen wird.

Die Begründung ist klar und deutlich: Rot-grüne Umweltpolitik in NRW setzt falsche Akzente, statt klare Ziele zu benennen. Rot-grüne Umweltpolitik in NRW ersetzt Visionen über ökologische Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit durch eine zögerliche Umständlichkeit in der Lösung und Umsetzung der dringenden umweltpolitischen Aufgaben, durch eine Verzettelung auf ideologischen Spielwiesen und in Nebensächlichkeiten, zum Teil ohne überhaupt eine Zuständigkeit dafür zu haben, und durch eine grobe Vernachlässigung

zentraler umweltpolitischer Felder. Die Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen spiegelt vor allem die krampfhaftige Suche nach ordnungsrechtlichen Folterwerkzeugen, statt durch Kooperationsangebote an die Wirtschaft zu einer Auflösung des Innovationsstaus anzuregen und zugleich Fortschritte im Umweltschutz zu erreichen, die über die gesetzgeberischen Vorgaben hinausgehen. Schließlich und endlich: Rot-grüne Umweltschutzpolitik in Nordrhein-Westfalen kostet die Bürger unnötig viel Geld.

Lassen Sie mich das an einigen Beispielen erläutern. Da wir bei der Haushaltsberatung sind, muss ich zunächst leider feststellen, dass die Haushaltsberatungen gezeigt haben, dass die Mehrheitsfraktionen im Haushalt eine absolut unseriöse Deckungspolitik betreiben.

(Beifall bei der CDU)

Das wird allein daran deutlich, dass bei der Beratung in der Sitzung plötzlich 3,2 Millionen DM mehr für die Effizienzagentur und 2 Millionen DM mehr für Personalmaßnahmen eingesetzt wurden. Beide Maßnahmen halten wir für richtig, aber das Verfahren ist zu kritisieren. Das alles soll über eine so genannte globale Minderausgabe aus dem Ärmel geschüttelt finanziert werden.

Der Höhepunkt allerdings war, dass über einen Antrag der Koalitionsfraktionen aus heiterem Himmel im Sinne des Altlasten- und Abfallsanierungsverbandes eine Finanzierung der Altlastensanierung erfolgen soll, ohne dass irgendein Konzept vorliegt, aus dem z. B. hervorgeht: Wie soll zukünftig der AAV funktionieren? Was sind seine Aufgaben? Wie finanziert er sich? Welchen Anteil bringt die Wirtschaft dazu? Was geschieht mit den Rückzahlungen von falsch gezahlten Lizenzentgelten, die insbesondere vom Herrn Kollegen Ellerbrock angesprochen worden sind?

Wir haben im Ausschuss vorher keinerlei Information zu diesem Thema bekommen, sondern es kam aus heiterem Himmel. Im Gegenteil - das muss man sich einmal vorstellen -: In der gleichen Ausschusssitzung haben Sie, Frau Ministerin, uns Ihren Bericht vorgelegt, was Sie in der 13. Wahlperiode in der Umweltpolitik machen wollen.

Darin steht der lapidare Satz: Es laufen Bemühungen in die Richtung, den AAV wieder auf die Bei-

(C)

(D)

(Hans Peter Lindlar [CDU])

- (A) ne zu stellen. In der gleichen Sitzung kommen Ihre Kollegen von Rot und Grün und bringen aus heiterem Himmel diesen Antrag auf den Tisch. Von seriöser Finanzierung, von seriöser Umweltpolitik kann da nicht die Rede sein.

Überhaupt haben Sie, Frau Ministerin, in letzter Zeit - das will ich Ihnen sehr deutlich sagen und das ärgert uns auch sehr, weil wir uns dadurch in unseren parlamentarischen Rechten beeinträchtigt fühlen - ohnehin Probleme mit der Information. Wir diskutierten z. B. am 7. März in der Ausschusssitzung das Thema der Verpackungsordnung, Stichwort: Zwangspfand.

Mit keinem Wort haben Sie erwähnt, dass am 16. Februar der Bundesrat hierzu eine Entschließung gefasst hat, die nämlich genau das zum Inhalt hat, was wir vorgetragen haben, dass eine Reihe von Untersuchungen vom Bundesumweltminister zu erbringen sind, dass also Begründungen für dieses Zwangspfand, das in dem berühmten Kamingespräch zwischen den Umweltministern auf der UMK verabredet worden ist, noch zu erbringen sind und dass diese Thematik Zwangspfand keineswegs schon entschieden ist, so wie Sie versuchen, es im Lande darzustellen.

- (B) Mangelnde Information beklagen wir auch im Zusammenhang mit Ihren Bemühungen, den Klärschlamm aus der landwirtschaftlichen Ausbringung wegzubringen. Sie haben die Kommunen z. B. erst sehr spät darüber unterrichtet. Inzwischen liegen aber von den RPs erste Anweisungen an Kommunen vor, die Ausbringung von Klärschlämmen zu unterbinden, wohl wissend - das ist wieder das Verwirrspiel mit der Zuständigkeit -, dass Sie eigentlich gar keine Zuständigkeit haben, denn sie liegt beim Bund mit der Klärschlammverordnung.

Noch vor einem Jahr, Frau Ministerin, haben Sie und die Kollegen von den Grünen - ich sage es sehr deutlich - in die Koalitionsvereinbarung hineingeschrieben, dass die Klärschlammverordnung des Bundes die Grundlage der weiteren Diskussion ist. Das ist schon nach nicht mal einem Jahr offensichtlich nicht mehr wahr. Im Übrigen ist auch die EU mit einer Richtlinie in Sachen Klärschlamm auf dem Weg. Also im Ergebnis unnötige Arbeit und Verunsicherung der Menschen!

Das Gleiche lässt sich potenziert im Bereich Abfallwirtschaft sagen. Da machen Sie ein riesiges

Gutachten zur Frage, ob MBAs zukünftig in Nordrhein-Westfalen als der Weisheit letzter Schluss durchgezogen werden. Dabei ist anzumerken, dass diese Art MBAs, die Sie jetzt über die neue Fortschreibung der TASI gemeinsam mit dem Bundesumweltminister favorisieren, im Grunde genommen eine Parodie auf die MBA-Idee der Grünen aus den Anfängen ist. (C)

Die Idee war nämlich, kleine, flexible Anlagen vor Ort zu haben, um - das war damals die Befürchtung - die Müllschluckerei großer MVAs zu unterbinden. Aber die MBAs, die heute aufgrund der Verordnung des Bundes gebaut werden müssen, werden genauso teuer wie Müllverbrennungsanlagen. Deshalb verwundert es auch nicht, dass in der - wie heißt das so schön? - "alternativen Kommunalpolitik" Ihre Kolleginnen und Kollegen, die so genannten Kommunalos und Kommunalis aus dem Land wilde Proteste auf die Bühne bringen - zu Recht, kann ich nur sagen. Staatssekretär Baake hat im Übrigen auch darauf hingewiesen, wo der Schwerpunkt Ihrer Politik eigentlich liegen müsste: nämlich kurzfristig zu verhindern, dass unbehandelter Rohmüll abgelagert wird.

Wir beantragen seit mehreren Jahren, dass Sie sich bemühen sollten, Schritte zur Deponieschließung möglich zu machen, und zwar so, dass die Kommunen und die Bürgern nicht über Gebühr belastet werden. Es ist also geradezu grotesk. Sie werden von der Basis längst überholt. Zum Beispiel haben die Grünen im Regionalrat Köln gerade einen Antrag gestellt, ein Ranking-Programm für Deponieausstieg in Nordrhein-Westfalen zu entwickeln - genau das, was wir als Antrag hier auch schon vorgelegt haben. Auch hier haben Sie uns die Information vorenthalten, dass nämlich der Bundesrat am 16. Februar beschlossen hat, den Bund aufzufordern, ein Deponieschließungsprogramm aufzulegen. (D)

Sie sehen sehr deutlich, Frau Höhn, meine Damen und Herren von den rot-grünen Fraktionen, dass Sie mit dem, was Sie hier machen, völlig am Ziel vorbei schießen. Auf der anderen Seite bleiben wichtige Felder liegen.

Ich möchte als Beispiel das Thema Umweltpakt Agenda 21 hervorheben. Frau Höhn, wenn man Ihren Sprechzettel liest, kann man den Horror kriegen. Da schreiben Sie: Vielleicht wird im Jahre 2003 dieses Programm Agenda 21 vorliegen. Wenn man sich bewusst macht, dass ein wesent-

(Hans Peter Lindlar [CDU])

- (A) licher Themenschwerpunkt nach Ihren eigenen Ausführungen der Klimaschutz sein soll, kann ich nur sagen: Armes Nordrhein-Westfalen! Wenn wir als Industrieland, als Wirtschaftsland, als Bevölkerungsland Nr. 1 in der Bundesrepublik erst im Jahre 2003 mit konkreten Klimaschutzziele - zehn Jahre, nachdem wir den ersten Klimabericht im Land gehabt haben - auf die Matte kommen, dann kann ich nur sagen: Arme Menschen in der Welt! Wer von uns soll da noch den amerikanischen Präsidenten wegen seiner Fehler in der Umweltpolitik mit Recht kritisieren?

Ich komme zum Schluss, meine Damen und Herren. Der wichtigste Punkt für uns - wir haben ihn deshalb noch einmal beantragt - ist die Einsetzung von 30 Millionen DM für die Finanzierung der naturnahen Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung. Es ist eines der übelsten Spiele, die Sie in den letzten Jahren hier getrieben haben. Im vorigen Jahr ist der Ansatz halbiert worden. Frau Ministerin, da haben Sie noch selber gesagt: Der Finanzminister gibt kein Geld mehr; jetzt finanziere ich es aus der Abwasserabgabe.

Dieses Jahr ist nichts mehr drin. Zum Beispiel wird der Rhein-Sieg-Kreis Mehrkosten in einer Größenordnung von 800.000 DM an seine Kommunen weitergeben müssen. Der Aggerverband schreibt mir: Wir müssen unseren Kommunen 350.000 DM für die Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung abknöpfen. Meine Damen und Herren, jetzt halten Sie sich bitte fest: Das geschieht vor dem Hintergrund, dass aus der Abwasserabgabe auch in diesem Jahr über 514 Millionen DM im Landeshaushalt stehen.

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Lindlar, Ihre Redezeit ist zu Ende. Bitte kommen Sie zum Schluss.

Hans Peter Lindlar (CDU): Ja, ich komme zum Ende, Frau Präsidentin.

Diese ärgerliche Bunkerei von Geld aus der Abwasserabgabe, von Geld der Wirtschaft und der Bürger, das hierhin geflossen ist, ist unerträglich, wenn man sieht, dass der gebunkerte Betrag in den letzten Jahren immer oberhalb von 400 Millionen DM gelegen hat. Sie sind nicht in der Lage,

dieses Geld mit Ihrer Administration über das Programm dahin zu bringen, wo es herkommt, nämlich in konkrete Maßnahmen der Wirtschaft und der Kommunen.

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist beendet. Bitte kommen Sie zum Schluss, und zwar wohlwollend gegenüber allen Nachrednerinnen und Nachrednern.

Hans Peter Lindlar (CDU): Ich komme zum Ende.

Deshalb, Frau Ministerin, fordern wir Sie auf, dass Sie diesen Fall ändern. Das Geld ist da. Lassen Sie den Kommunen und den Bürgern das Geld für die Gewässerunterhaltung zukommen.

Ich kann Sie nur bitten, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, wenigstens diesem Antrag zuzustimmen und damit Umweltschutz in Nordrhein-Westfalen nicht noch teurer für die Bürger zu machen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank. - Für die Fraktion der SPD spricht jetzt Herr Dr. Kasperrek.

Dr. Bernhard Kasperrek (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einiges haben wir uns schon fast gedacht, lieber Kollege Lindlar, und dazu gehörte auch Ihre Einleitungs-passage. All das wiederholen Sie seit fünf Jahren. Ihre Vorwürfe zielen immer wieder auf Bürokratie, Ideologie und ideologische Folterinstrumente ab. Das sind alles alte Kamellen und Phrasen, die Sie wiederholen. In der Sache haben Sie nichts Neues gebracht.

Allerdings haben Sie heute darauf verzichtet, uns gegenüber zu wiederholen, was Sie vor einem Jahr prognostiziert, ja geradezu angedroht haben, nämlich Ihre Ankündigung, den Haushalt für 2001 als Regierungspartei im Umweltbereich einzubringen. Das ist ja nun bei der letzten Landtagswahl gründlich misslungen. Der Regierungsauftrag ist

(C)

(D)

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD])

(A) klar. Die Arbeit der neuen Legislaturperiode wurde mit Schwung begonnen - auch im Umweltbereich.

Ihre Ausführungen haben noch einmal deutlich gemacht, dass unser Weg nicht nur aus parteipolitischen Gründen, sondern auch aus der Sache heraus völlig richtig ist. Gott sei Dank sind Sie nicht für die Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen zuständig.

Wir haben im Ausschuss eine interessante Debatte zum Haushalt 2001 und zum Start der Legislaturperiode gehabt. Es zeigt sich ganz deutlich: In der Umweltpolitik werden Akzente verschoben. In der Umweltpolitik treten neue, aktuelle Fragestellungen auf. Die Stichworte dazu sind zum Teil genannt worden: Europäische Wasserrahmenrichtlinie, produktionsintegrierter Umweltschutz, Klimaschutz und Altlastensanierung. All das sind zum Teil neue Aufgaben, zum Teil auch Aufgaben, die heute andere Akzente als in der Vergangenheit setzen.

Die großen Erfolge, die wir im reparierenden und im nachsorgenden Umweltschutz errungen haben, verlagern unsere Aufgaben hin zum nachsorgenden Umweltschutz. Wir sind auf dem Weg, staatliche Regelwerke durch Umweltkonsens, durch mehr Selbstverpflichtungen und durch freiwillige Lösungen zu ersetzen. Auch wenn Sie Ihre alten Vorwürfe immer wiederholen, haben sie mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Das alles ist niedergeschrieben und manifestiert in der Koalitionsvereinbarung, die das Thema Nachhaltigkeit und nachhaltige Entwicklung für Nordrhein-Westfalen aufgreift und daraus eine moderne Umweltpolitik für dieses Land gestalten wird.

(B) Lassen Sie mich ein paar Beispiele nennen. Die Abfallpolitik haben Sie aufgegriffen. Wir haben hier in den letzten Monaten deutlich gemacht, dass auf der Basis einer ausreichenden und vernünftigen Entsorgungsstruktur und auf der Basis von ausreichenden Müllverbrennungsanlagen hier ein weiterer Schritt gegangen werden kann. Es kann ausprobiert werden, wo es neue technologische Schritte und neue Verfahren gibt, um dann eben nicht mit der zum Teil verfehlten TA Siedlungsabfall weiterzumachen, sondern dafür zu sorgen, dass kein unvorbehandelter Abfall mehr auf Deponien geht.

Ihr Vorwurf an die Grünen könnte mich eigentlich kalt lassen. Aber das will ich doch einmal auf-

greifen. Sie werfen den Grünen vor, dass sie jetzt nicht mehr an den alten, zum Teil schlechten Müllbehandlungsanlagen und mechanisch-biologischen Anlagen festhalten, sondern mit uns, den Sozialdemokraten, einen Weg zu Hightech-mechanisch-biologischen Anlagen gegangen sind. (C)

Was ist das denn für ein Vorwurf? Geht es Ihnen um die Sache, Herr Kollege Lindlar, oder geht es Ihnen um die Show? In der Sache dürfen Sie das doch nicht kritisieren, was ich hier angesprochen habe. Es geht doch schließlich um Umweltschutz. Oder geht es Ihnen tatsächlich nur darum, bei alten Vorwürfen gegenüber den Grünen zu bleiben?

Zweiter Punkt: Altlasten- und Abfallsanierungsverband. Das verschlägt mir die Sprache, was Sie uns diesbezüglich vorwerfen bzw. unterstellt haben. In der Koalitionsvereinbarung ist das nachzulesen, was Sie als Information hier einfordern. Die Koalitionsvereinbarung ist aber schon ein paar Monate alt, Herr Kollege.

(Hans Peter Lindlar [CDU]: Was steht denn da drin?)

Da hätten Sie das alles sehen können, denn schon während der Koalitionsverhandlungen ist die richterliche Entscheidung gefallen, dass das Lizenzmodell nicht fortgesetzt werden darf. Dort haben wir uns darauf verständigt, dass es eine Nachfolgeregelung, eine Lösung für diese Aufgabe geben wird, und zwar möglichst auf freiwilliger Basis und gemeinsam finanziert mit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft. (D)

Dass wir als SPD-Fraktion mit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft - das gilt auch für die Regierung - seit Monaten im Gespräch sind, dürfte Ihnen ja wohl auch nicht verborgen geblieben sein. Wir haben Sie immer wieder darüber informiert.

Das Ergebnis ist wirklich ein Meilenstein für die Kommunen. Dass die Altlastensanierung fortgesetzt werden kann, ist ein Meilenstein für den Umweltschutz, um das Problem zu lösen.

(Hans Peter Lindlar [CDU]: Sagen Sie einmal das Ergebnis!)

- Herr Kollege, Sie hören ja gar nicht zu. Sie reden einfach immer nur. Ich wiederhole es für Sie: Das alles ist ein Meilenstein für die Umweltpolitik bzw. für die Art und Weise, wie Umweltpolitik in diesem Lande betrieben wird.

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD])

- (A) Zum ersten Mal haben wir es in einer Größenordnung, wie sie so vor einiger Zeit noch gar nicht denkbar war, geschafft, bei einer ganz wichtigen Aufgabe zu einer freiwilligen gemeinsam finanzierten Lösung zu kommen.

Die Wirtschaft hat positive Signale gesendet, und wir senden unser Signal, dass auch wir unseren Beitrag leisten wollen. Das ist nicht nur ein toller Erfolg, sondern wichtig für die Umwelt und für die Kommunen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mein dritter Punkt ist die Gewässerunterhaltung für Gewässer zweiter Ordnung. Sie haben das Thema gerade erneut angesprochen und auf die Ausgabenreste in Höhe von 500 Millionen DM hingewiesen. Sie kritisieren etwas, was Sie selber dort, wo Sie kommunalpolitische Verantwortung tragen, nicht gewährleisten können.

(Beifall des Johannes Remmel [GRÜNE])

- (B) Herr Lindlar, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, sorgen Sie doch dafür, dass die bewilligten Mittel endlich abgerufen werden. Dann haben wir nämlich nicht mehr diese Ausgabenreste, von denen Sie gesprochen haben. Ich will aber nicht nach hinten, sondern nach vorne schauen. Ich halte den Ansatz, den Frau Ministerin Höhn angekündigt hat, für richtig, nämlich an dieser Stelle Mittel aus der Abwasserabgabe einzusetzen. Das wollen wir auch. Wir werden im Ausschuss im Detail darüber reden, wie die Anforderung des Abwasserabgabengesetzes, nämlich die Gruppennützigkeit, eingehalten wird und gleichzeitig im Sinne der Bürgerinnen und Bürger ökologischer Gewässerschutz finanziert werden kann.

Meine Damen und Herren, das haben wir über unser Programm für eine ökologische und nachhaltige Wasserwirtschaft eingeleitet - ein tolles Programm, das sowohl den Kommunen wie auch den Bürgerinnen und Bürgern in der letzten Legislaturperiode sehr geholfen hat. Das soll die Basis auch für diese Legislaturperiode sein. Wir werden uns in diese Diskussion einmischen und gemeinsam mit der Landesregierung dafür sorgen, dass dieses Programm so gestaltet wird, dass es der Ökologie wie auch den Bürgerinnen und Bürgern dient.

Lassen Sie mich zu meinen letzten Punkten kommen, die ich eigentlich nur noch anreißen kann.

Zunächst zum Thema "EU-Wasserrahmenrichtlinie". In 14 Tagen haben wir dazu eine Anhörung. Wichtig ist es, dass wir uns diesem Thema widmen, um so deutlich zu machen, dass wir zu einem europäisch einheitlichen Maßstab kommen, der nicht nur unsere Interessen berücksichtigt, sondern darüber hinaus dafür sorgt, dass wir gemeinsam mit den Regionalräten und den Wasserverbänden zu einer vernünftigen Lösung kommen.

Lassen Sie mich jetzt noch das neue, große Aufgabengebiet des produktionsintegrierten Umweltschutz ansprechen. Wir haben durch unsere Anträge und die Diskussion im Ausschuss deutlich gemacht, dass an der Stelle neue Akzente gesetzt werden, und zwar in Richtung einer Unterstützung des Handwerks, der mittelständischen Betriebe und der kleinen Unternehmen, die nicht in der Lage sind, eigene Umweltstäbe und Umweltabteilungen aufzubauen. Wir erwarten, dass mit den regionalen Stützpunkten, die eingerichtet werden, Gemeinschaftsinitiativen - heute würde man wohl von "Joint-Ventures" sprechen - gestartet werden, um vor Ort kleinen und mittleren Unternehmen zu helfen. Wir erwarten, dass alle regionalen Stützpunkte z. B. mit Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern, Innungen gemeinsam angeboten und getragen werden. So werden wir Umweltmanagementsysteme nicht nur in der Großwirtschaft, sondern auch in kleinen und mittleren Unternehmen hinbekommen.

Meine Damen und Herren, das alles haben wir in Form von Bausteinen und Beiträgen eines größeren Agenda-Prozesses zu betrachten. Diesen Agenda-Prozess brauchen und wollen wir als längerfristige Diskussion. Wir werden jedoch nicht erst eine große Diskussion abwarten und anschließend eine Lösung für alles liefern, sondern wir werden Zwischenschritte anbieten müssen, die sich in konkreten Umweltvereinbarungen, Umweltpakten oder wie auch immer man diese Vereinbarungen nennt manifestieren.

Das, so denke ich, ist für diese Legislaturperiode eine gute Basis. Wir befinden uns auf einem guten Weg und haben Meilensteine gesetzt. Der Haushalt, über den wir im Moment diskutieren und den wir verabschieden wollen, trägt eine Handschrift, die nach vorne weist. Die Opposition hat leider wieder einmal eine Chance verpasst, sich an der konkreten Debatte zu beteiligen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(A) **Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Herr Dr. Kasperek. - Für die Fraktion der F.D.P spricht jetzt Herr Ellerbrock. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Holger Ellerbrock (F.D.P.): Meine Damen und Herren! Haushaltsdebatten sind ja eigentlich der Tag des Parlaments. Heute ist das für mich auch ein Tag des Parlaments gewesen, vor allem aber bis 12 Uhr. Das, was heute morgen anlässlich der Festveranstaltung zum 100. Geburtstag von Karl Arnold der ehemalige Bundestagspräsident Rainer Barzel gesagt hat, hat mich wirklich beeindruckt. Viele Stichpunkte meiner Rede, die ich vorbereitet hatte, habe ich umgestellt. Denn die Rede von Rainer Barzel, wie wir im Parlament miteinander umgehen, ist etwas, über das wir uns viel Gedanken machen müssen.

(Beifall bei der F.D.P.)

(B) Meine Damen und Herren, vorbereitet hatte ich mich, über Abfallpolitik im Spannungsfeld von Müllverbrennungsanlagen und Mülldeponien zu sprechen, über mechanisch-biologische Anlagen, die Liberalisierung des Wassermarktes, die Abwasserabgabe, die Klärschlammverordnung und andere Themen. Lassen Sie mich jetzt aber einen anderen Weg beschreiten:

Jürgen Möllemann hat in der Fraktion immer deutlich gemacht zu sagen, dass das, was richtig ist, unabhängig von der Farbe richtig ist. Herr Ministerpräsident, auch Sie haben in manchen ihrer Redebeiträge letztendlich diesen Gedanken ebenfalls vorgetragen und gesagt: Ob die Stellungnahme von Bayern, Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen kommt, ist egal, Hauptsache sie ist richtig. Das ist eine Verhaltensmaßregel, an der wir uns bei Abstimmungen in den Ausschüssen und hier im Parlament orientieren sollten: Wie gehen wir miteinander um?

Meine Damen und Herren, wir als F.D.P. haben in den Ausschussberatungen versucht, uns immer konstruktiv zu zeigen, nach dem Motto: Konstruktion, nicht Obstruktion.

Ich schaue jetzt Herrn Krings an: Umweltinspektorenanwärter beispielsweise sind Leute, die aus einer gesicherten Stellung eine Ausbildung im Umweltschutz begonnen haben und jetzt eine

weitere Chance bekommen, in den Beruf hineinzukommen. - An der Stelle haben wir als F.D.P. mitgestimmt. Das möchte ich hier deutlich unterstreichen.

Wir haben aber auch Unterschiede in unseren politischen Vorstellungen deutlich gemacht. Zum Beispiel ist unser F.D.P.-Credo nicht die institutionalisierte Förderung, sondern die Förderung Privater, weil wir überzeugt sind: Vieles, was Institutionen machen, können Private verantwortungsbewusst, schneller, besser und effektiver machen.

Wir haben Ansätze der Regierungskoalition in Einzelfällen aber auch aufgegriffen und ihnen zugestimmt: Effizienzagentur, kleine und mittlere Betriebe beraten, Investitionsassistent Umwelt, Agenda 21, Zuschüsse an Private. Da hatten wir sogar mehr Zuschüsse gefordert, nämlich 1,3 Millionen DM, haben dann aber dem SPD-Antrag, der 300.000 DM Aufstockung vorsah, zugestimmt. Also sind wir den Weg gegangen zu sagen: Was richtig ist, ist richtig, unabhängig von der Farbe.

Meine Damen und Herren, der Abfallentsorgungs- und Altlastensanierungsverband ist heute schon angesprochen worden. Wir haben in der Debatte im Plenum und im Ausschuss klargemacht, dass wir darin nach wie vor eine wichtige strukturpolitische Zukunftsaufgabe für Nordrhein-Westfalen sehen: Wir müssen vorhandene Infrastruktur für Neuansiedlungen nutzen, Stichwort "Freiraumschutz".

Wir haben nach schwierigen Diskussionen im Umweltausschuss zugestimmt, dass hier 5 Millionen DM eingestellt werden mit Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von, glaube ich, 20 Millionen DM, weil das das langfristige Ziel ist. Wir sagen: Jawohl, hier ist ein freiwilliges Modell. Hier müssen wir weiterkommen. Allerdings 5 Millionen DM einzustellen, aber 10 Millionen DM meinen - das war schon eine etwas krude Diskussion. Wir gehen sonst immer von den Sollzahlen für das ganze Jahr aus. Die Argumentation "Lasst uns mal mit 5 Millionen DM beginnen" hatte schon ein bestimmtes Geschmäckle an sich. Das fand ich nicht so gut.

Meine Damen und Herren, Altlastensanierung und Abfallentsorgung sind ein zentrales Problem. Obwohl wir hier zugestimmt haben, lassen Sie mich

(C)

(D)

(Holger Ellerbrock [F.D.P.]

- (A) unsere Position noch einmal deutlich machen: Aus unserer Überzeugung ist und bleibt Altlastensanierung nach wie vor eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die aus allgemeinen Steuermitteln zu bezahlen ist.

Es ist nicht richtig, die Kosten der Altlastensanierung auf nur wenige Branchen zu überwälzen. Vorsicht, wenn die Ministerin sagt: Es sind Branchen beteiligt, die vorbelastet sind. - Tatsache ist doch, dass die heutigen Betriebe damit eigentlich überhaupt nichts zu tun haben, weder inhaltlich noch rechtlich als Zustandsstörer oder Verhaltensstörer.

Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, hüten wir uns vor der Kriminalisierung! Wir wollen mit der Wirtschaft gemeinsam ein freiwilliges Modell haben. Dann aber darf ich jemanden nicht zu Unrecht an den Pranger stellen. Dieses falsche Vorurteil, da seien Vorbelastungen in der Wirtschaft, fördert nicht unbedingt das positive Engagement.

Meine Damen und Herren, halten wir uns doch vor Augen: Richtig ist hinsichtlich der Altlastensanierung, dass die betroffenen Betriebe - kriminelles Handeln einmal außen vor gelassen - damals eine behördliche Genehmigung oder Bewilligung hatten und dass die Ordnungsbehörden nicht eingegriffen haben. Denn wenn die Ordnungsbehörden und Genehmigungsbehörden es besser gewusst hätten, dann hätten sie handeln, dann hätten sie eingreifen müssen.

- (B)

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Ellerbrock, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kasperek zu?

Holger Ellerbrock (F.D.P.): Klar, Herr Kasperek. Ich will aber eben den Gedanken zu Ende bringen. - Wenn man es nicht besser hätte wissen können, dann hat man ordnungsgemäß gewirtschaftet. Trotzdem sind heute Umweltschäden festzustellen. Diese zu beheben ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht von einigen wenigen zu bezahlen ist.

Unbeschadet dessen hat 1988 auch die damalige F.D.P.-Fraktion diesem AAV zugestimmt und hat gesagt: Wir müssen einen neuen Weg finden.

Herr Kasperek!

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Kasperek, bitte schön. (C)

Dr. Bernhard Kasperek (SPD): Entschuldigung, Herr Ellerbrock, ich wollte Ihren Redefluss nicht unterbrechen. Aber an der Stelle erscheint mir das doch sehr wichtig. Ich wollte Sie fragen, ob Sie mit unserer Darstellung übereinstimmen, dass wir die Wirtschaft zu dieser freiwilligen Finanzierung einladen und bitten, da mitzumachen, dass wir sie nicht kriminalisieren und Druck auf sie ausüben. Denn von Kriminalisierung und Ausübung von Druck höre ich jetzt zum ersten Mal.

Holger Ellerbrock (F.D.P.): Also, freiwillig einladen, klar! Deswegen haben wir da auch mitgemacht. Aber die Äußerung der Ministerin "Da ist die Wirtschaft vorbelastet" fasse ich als Kriminalisierung auf. Ich sage nur: Cave canem! Vorsichtig!

Meine Damen und Herren, halten wir uns doch einmal vor Augen: 1996 stellt das eigene Oberverwaltungsgericht die Rechtmäßigkeit der Lizenzentgelte infrage. Das Bundesverfassungsgericht entscheidet 2000: Das ist nicht machbar. (D)

Wir haben als Land also unrechtmäßig Geld eingezogen. Das Land hat seit 1996 keine Rücklagen gebildet, obwohl es sich des Risikos bewusst sein müsste. Wir als F.D.P. - Sie wird das nicht verwundern - fordern gleiches Recht für alle, Rückzahlung an alle. Darauf beruht auch unsere Forderung, 100 Millionen DM einzustellen.

Meine Damen und Herren, jetzt geht es darum, wie wir miteinander umgehen. In der gleichen Ausschusssitzung hat der Kollege Lindlar einen, wie ich finde, sehr praktikablen Vorschlag gemacht und gesagt: Lasst uns doch überlegen, inwieweit wir diese 100 Millionen DM mit zukünftigen Zahlungspflichten verrechnen können. - Leider ist dieser Vorschlag von der Regierungskoalition überhaupt nicht aufgegriffen worden. Wir müssen uns vor Augen halten: Dieses Verhalten der Landesregierung, nur den Rechtsanspruch des Klägers auf Rückzahlung zu befriedigen, mag juristisch legal sein, rechtens ist das nicht.

Was ist aus dieser Verweigerung der Rückzahlung für uns zu folgern? Nehmen wir es als Landtag

(Holger Ellerbrock [F.D.P.]

- (A) - nicht als Regierung - wirklich hin, dass sich unsere, ich sage: unsere Landesregierung zu Unrecht bereichert hat? Kann das Argument der leeren Kassen dabei wirklich tragfähig sein? Ist das ein Weg, in der Bevölkerung Vertrauen in die Rechtmäßigkeit unseres Parlamentarismus, unseres Staates zu schaffen? Ist das der Weg, junge Menschen zu motivieren, sich politisch für den Staat zu engagieren, politische Verantwortung zu übernehmen, zu den Wahlurnen zu gehen? - Nein, meine Damen und Herren. Dieses Verhalten der Landesregierung und der Regierungskoalition ist falsch. Wir als Landtag könnten das, wenn wir die Kraft hätten, korrigieren. Das sollten wir tun.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen: Abwasserbeseitigung im ländlichen Raum ist ein wichtiges Problem. Wir sagen: Hier gilt es, auch soziale Komponenten zu berücksichtigen. Wir haben gefordert, es zumindest bei den alten Fördersätzen zu belassen. Leider wird auch dem nicht gefolgt.

Meine Damen und Herren, im Einzelnen haben wir deutlich gemacht: Wir sagen: Was richtig ist, ist richtig - unabhängig davon, ob es von Grün, von Rot, von Schwarz oder von Blau-Gelb kommt. Meine Damen und Herren, ich habe in den Diskussionen um unsere Anträge und leider auch um die Anträge der CDU es vermisst, die Regierungskoalition hierzu zu bewegen.

- (B) Meine Damen und Herren, auch wenn wir im Einzelnen Ihren Anträgen durchaus zustimmen und die Hand zur Kooperation reichen, lehnen wir insgesamt Ihren Haushalt natürlich ab. Wir sollten aufeinander zugehen und überlegen, wie wir miteinander umgehen, und in dem Sinne habe ich eine ganz moderate Rede gehalten. In dem Sinne hat auch Rainer Barzel heute Morgen zum 100jährigen Geburtstag von Karl Arnold gesprochen. Mich hat das nachhaltig beeindruckt, und ich würde mich freuen, wenn dieser Eindruck auch bei Ihnen verfangen würde. - Schönen Dank.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Ellerbrock. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ganz so lieb wollen wir doch nicht miteinander umgehen. Ich glaube, ein bisschen Streit tut der Sache ganz gut, weil Streit auch produktiv ist, um Dinge nach vorne zu wenden.

(C)

Meine Damen und Herren, wie erwartet, das übliche Lindlar-Patchwork: ohne Gewichtung, ohne Linie Dinge aneinandergereiht. Das geht von der AKP-Lektüre über den Vorwurf der fehlenden Informationspolitik der Landesregierung. Ich glaube, AAV war das Stichwort, Klärschlamm kam wohl auch noch vor. Aber die große Linie, Herr Lindlar, habe ich tatsächlich vermisst. Das war kein Konzept für eine Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen. Das ist eigentlich nicht weiter schlimm, aber ich fühle mich an der Stelle ein bisschen unterfordert. Ich hoffe, das geht der SPD genauso.

Wir würden mit Ihnen nämlich einmal gerne über die Grundlinien der Umweltpolitik für das nächste Jahrhundert diskutieren, vielleicht auch nur für die nächsten zehn Jahre. Was sind Ihre Grundlinien der Umweltpolitik für Nordrhein-Westfalen? Ich würde gerne mit Ihnen darüber streiten.

Wenn Sie den Haushalt anschauen - und Haushaltsdebatten sind im Allgemeinen auch Debatten über Grundlinien, um zu überprüfen, ob die Grundlinien im Haushalt auch verwirklicht werden -, wird eindeutig klar: Die Grundlinie der Nachhaltigkeit der Agenda 21 in diesem Umwelthaushalt tritt sehr deutlich und nachdrücklich zu Tage.

(D)

Ich möchte das an drei Beispielen deutlich machen. Nachhaltigkeit/Agenda spiegelt sich in den Anträgen der Koalitionsfraktionen aber auch schon in den Haushaltsansätzen zum Thema produktions- und produktintegrierter Umweltschutz wider. Hier haben wir gegenüber dem letzten Jahr noch einmal deutlich die Ansätze erhöht, weil wir das Thema nachhaltiges Wirtschaften nachdrücklich durch die Landespolitik absichern wollen.

Gerade kleine und mittlere Unternehmen können sich im Bereich Umweltmanagement, Umweltinnovation nicht so regen wie große Unternehmen. Deshalb ist gerade hier eine Unterstützung auch vonseiten des Landes gefragt, aber keine

(Johannes Remmel [GRÜNE])

- (A) Unterstützung, die auf eine dauerhafte Subvention hinausläuft, sondern eine Unterstützung, die kurzfristige Anschubfinanzierung gewährleistet, um Innovationen im Umweltbereich in die Wege zu leiten.

Hier greift ein Rad in das andere, das Programm für Umweltmanagementsysteme, für Umweltinnovationsassistenten, aber auch die mittlerweile von allen Fraktionen des Landtags akzeptierte Effizienzagentur, die wir ausbauen wollen nach dem Motto: Rein ins Land mit regionalen Stützpunkten zusammen mit Akteuren der regionalen Wirtschaft.

Ich glaube, das gibt ein gutes Gesamtbild für den Gedanken der Nachhaltigkeit und des nachhaltigen Wirtschaftens in Nordrhein-Westfalen. Ich kenne kein vergleichbares Räderwerk in anderen Bundesländern. Ich glaube, wir sind in diesem Feld führend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) Zu den Instrumenten der Nachhaltigkeit muss man auch zählen, dass wir jetzt konkret mit dem Thema Agenda 21 in Nordrhein-Westfalen vorgehen. Auch hier sind die Ansätze in diesem Jahr deutlich gewachsen. Wir wollen diesen Prozess mit diesen Foren, die wir beabsichtigt haben, tatsächlich beginnen lassen. Dafür brauchen wir ein Projektmanagement, dafür brauchen wir Begleitung. Wir werden zu sehr konkreten Ergebnissen schon in Kürze kommen.

Als dritten Baustein möchte ich die Stiftung nennen, die in diesem Jahr neu aus der Taufe gehoben wird, nämlich die Stiftung Umwelt und Entwicklung, um ein weiteres Segment der Nachhaltigkeitspolitik in Nordrhein-Westfalen abzudecken. Wir werden in diesem Jahr gut 19 Millionen DM für konkrete Projekte zur Verfügung stellen. Sie sehen, das ist ein breites Spektrum von Instrumenten, um den Gedanken der Nachhaltigkeit in Nordrhein-Westfalen zum Durchbruch zu verhelfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch einige Punkte erwähnen, die auch die Vorredner angesprochen haben.

Zum Thema AAV! Ich habe schon in der Ausschusssitzung den Eindruck nicht loswerden kön-

nen, dass wir Ihnen mit unserem Antrag eigentlich den Wind aus den Segeln genommen haben und Sie das ein bisschen ärgert. Sie haben dieses Thema über lange Zeit auch im Parlament gefahren. Wir aber machen konkrete Vorschläge und konkrete Anträge zum Haushalt.

Dieser Antrag soll der Wirtschaft gerade an diesem Punkt signalisieren: Wir sind bereit, tatsächlich in diesem Bereich den Probelauf zu machen und dabei zu fragen, ob es möglich ist, freiwillig, aber verbindlich eine Vereinbarung mit der Wirtschaft zu treffen, um dieses schwierige Problem zu lösen. Ich bin sehr gespannt, aber auch hoffnungsfroh, sonst hätten wir dieses Geld wohl nicht eingestellt. Aber es muss konkret etwas dabei herkommen.

Herr Ellerbrock, es tut mir Leid, es geht nun einmal nicht, die Gewinne zu privatisieren und die Lasten dann zu sozialisieren.

(Beifall der Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Es gibt hier eine Verantwortung, und an diese Verantwortung wollen wir mit diesem Antrag appellieren. Es ist natürlich richtig, dass man damit nicht diejenigen trifft, die das verursacht haben, aber in der Folge dessen, dass auch in Zukunft Betriebsschließungen dazu führen, dass Altlasten zurückbleiben, glaube ich, gibt es hier eine Gesamtverantwortung der Wirtschaft, die man in diese auch einbinden muss. Daran geht kein Weg vorbei.

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Remmel, lassen Sie eine Frage des Kollegen Ellerbrock zu?

Johannes Remmel (GRÜNE): Gerne.

Holger Ellerbrock (F.D.P.): Herr Kollege, würden Sie mir zustimmen, dass die Chance, dass zukünftig Altlasten durch Betriebsschließungen bei der ausgebauten Umweltverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen entstehen, relativ gering sind?

(Ministerin Bärbel Höhn: Leider nein!)

(C)

(D)

(A) **Johannes Rimmel (GRÜNE):** Ich würde Ihnen zustimmen, dass die Chance geringer wird, dass es solche Altlasten gibt, aber ich würde nicht ausschließen, dass es auch in Zukunft Altlasten geben wird, für die Verantwortung übernommen werden muss. Das ist auch nicht das Thema. Wir müssen darüber nachdenken, wie die vielen Altlasten der Vergangenheit saniert werden. Das kann nicht nur Aufgabe der Allgemeinheit sein. Hier muss es auch mit der Wirtschaft zu einer gleichen Lastenverteilung kommen.

Der wiederholte Vorwurf, dass wir uns im Landeshaushalt auf Kosten der Unternehmen und der Wirtschaft bereichern würden, wird dadurch nicht besser, dass man ihn dauernd wiederholt. Er stimmt einfach nicht. Alle Unternehmen waren informiert, dass es in diesem Zusammenhang einen Rechtsstreit gibt, und sie hätten ihre Einzahlung auch unter Vorbehalt stellen können. Das ist nicht passiert. Insofern gibt es hier keine rechtliche Verpflichtung zurückzuzahlen. Wir können es uns aus dem Landeshaushalt auch nicht leisten.

(B) **Vizepräsidentin Edith Müller:** Herr Rimmel, lassen Sie noch eine Zwischenfrage des Kollegen Ellerbrock zu?

Johannes Rimmel (GRÜNE): Aber nur eine kleine!

Holger Ellerbrock (F.D.P.): Herr Kollege Rimmel, würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass das Bundesverfassungsgericht bestätigt hat, dass das Lizenzentgelt der nordrhein-westfälischen Wirtschaft zu Unrecht eingezogen worden ist?

Johannes Rimmel (GRÜNE): Das bestätige ich. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel, aber das war auch nicht mein Thema. Mein Thema war, dass alle Unternehmen wussten, in was sie eingezahlt haben, und dass es darüber einen Rechtsstreit gibt.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss möchte ich noch auf eine Kleinigkeit hinweisen, für die wir uns lange gemeinsam eingesetzt haben. In

diesem Haushalt ist es enthalten: Wir werden die Sanierung und den Neubau des MZB Hünxe angehen. Das ist ein von allen Fraktionen getragenes Anliegen, und das freut mich ganz besonders. (C)

Bitte stimmen Sie dem Haushalt zu. Ich möchte noch etwas Zeit für die Eine-Welt-Politik lassen; deshalb schließe ich an dieser Stelle. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Rimmel. - Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerin Höhn.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Ich finde, dass Herr Ellerbrock einen guten Einstieg in die Debatte gegeben hat. Ich glaube nämlich - und ich habe das bei der Diskussion zur Landwirtschaftspolitik so angesprochen -, dass gerade die Diskussion um den Haushalt eine ist, bei der wir versuchen sollten, über die Fraktionsgrenzen hinweg zu schauen, in welche Richtung die Politik geht. (D)

Diesen Einstieg möchte ich ein wenig erweitern, indem ich an dem ansetze, was wir in der vorherigen Runde zur Landwirtschaftspolitik diskutiert haben. Interessanterweise kommen die Ansätze für eine neue Landwirtschaftspolitik insbesondere von denjenigen Leuten, die Erfahrungen in der Umweltpolitik haben, und zwar aus folgendem Grund: Wir haben in den letzten Jahrzehnten in der Umweltpolitik gelernt, dass der wichtige und effiziente Ansatz der des vorbeugenden Umweltschutzes ist.

Man darf eben nicht erst einen Schaden entstehen lassen, für dessen Reparatur man später teuer bezahlen muss. Man muss vielmehr vorne im produktionsintegrierten Umweltschutz ansetzen und mit Intelligenz versuchen, die Probleme erst gar nicht entstehen zu lassen. Dadurch sollen so genannte "Win-win-Effekte" garantiert werden, um etwas für die Umwelt und den Betriebsgewinn zu erreichen.

Dieser Ansatz ist mittlerweile in vielen Punkten auch von dieser Landesregierung gefüllt worden,

(Ministerin Bärbel Höhn)

(A) und das macht einer Umweltministerin natürlich auch viel mehr Spaß. Wenn man als Umweltministerin nämlich nur für die Ordnungspolitik zuständig ist und immer diejenige ist, die sagen muss, dass irgendwo zuviel Dioxin herausgekommen sei, dann ist man immer die Böse, die die Arbeitsplätze gefährdet und immer ein Stückweit in die Defensive gerät.

Wenn man als Umweltministerin die Rahmenbedingungen hat, gemeinsam mit der Wirtschaft nach vorne zu sehen und etwas mit Intelligenz erreichen zu können, dann ist das eine ganz andere Art von Umweltpolitik, die jedem Naturell - auch meinem, obwohl ich gerne in der Sache streite - erheblich entgegenkommt. Das sind genau die beiden Bereiche, die Sie, Herr Ellerbrock, angesprochen haben und die wir voranbringen wollen, nämlich zum einen die Agenda 21, bei der wir im Dialogprozess mit den unterschiedlichsten Vertretern der gesellschaftlichen Gruppen versuchen wollen, genau in diesen Kooperationsbeziehungen neue Ideen auf den Weg zu bringen.

(B) Bei der Agenda 21, Herr Lindlar, ist es nicht so, dass wir erst in 2003 ein Konzept über Ziele des Klimaschutzes erreichen wollen. Die Intention sieht vielmehr so aus, dann schon konkrete Projekte vorweisen zu können, an denen wir jetzt arbeiten und die wir dann schon zum Teil realisiert haben wollen, und zwar mit den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. Also, 2003 wollen wir nicht erst Zielvorgaben, sondern schon etwas konkret auf dem Tisch haben.

Ein wichtiger anderer Teil ist der des produktionsintegrierten Umweltschutzes. Deshalb finde ich es sehr gut, dass die F.D.P. an diesen Punkten auch die Vorstellungen der Koalitionsfraktionen unterstützt hat. In der Tat wollen wir kleinen und mittleren Unternehmen helfen, in diesen Bereich zu investieren und hier zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Dies wird sehr effizient und mit sehr wenig Geld erfolgen.

Im Gespräch mit dem BDI hat der BDI zu uns gesagt: Was, mit diesen Summen muss die Effizienzagentur auskommen? Das ist ja viel zu wenig. - Im Verhältnis zu dem, was die Effizienzagentur erreicht, ist es sogar sehr wenig. Sie ist schon sehr wirkungsvoll, und deshalb wollen wir genau diese Potenziale in den Regionen stärken

und über die Regionalisierung noch mehr für die kleinen und mittleren Unternehmen erreichen. (C)

Unabhängig davon wollen wir die traditionelle, die alte Umweltpolitik weiterführen, denn wir haben nun einmal Abfall und Altlasten, und die Altlasten können wir mit dieser neuen Umweltpolitik nicht einfach ungeschehen machen. In der Abfallpolitik sind wir mittlerweile in allen Bereichen führend. Gerade was die Siedlungsabfallpolitik angeht, haben wir über die Abfallbilanzen und den Statusbericht den Kommunen die Möglichkeit gegeben, unterschiedliche Systeme auf die Effizienz hin zu vergleichen, um so voneinander zu lernen. Mittlerweile ist es so, dass uns diese Abfallbilanzen und Statusberichte, die wir vorlegen, von den anderen Bundesländern aus den Händen gerissen werden. Mittlerweile beginnen die anderen Bundesländer den Weg mitzugehen.

Da wir den Siedlungsabfall nun gut im Griff haben, geht es ans Nächste, also z. B. an die Industrieabfälle. Dazu hat der Landtag eine Anhörung durchgeführt. Es geht um den Verwerteerlass, und es geht darum, dass wir durch die Festlegung, ob und wie ein bestimmter Stoff zur Weiterverarbeitung geeignet ist, auch die Genehmigungszeit erheblich reduzieren. Dann ist es für eine Genehmigungsbehörde natürlich einfach, aufgrund bestimmter Vorgaben Genehmigungen schnell zu erteilen. (D)

Das heißt, wir geben Planungssicherheit für die Industrie. Wir haben das gemeinsam mit Industrievertretern erarbeitet, und wir verkürzen dadurch die Genehmigungsfristen in den staatlichen Umweltämtern.

Etwas zu den Genehmigungszeiten, die wir mittlerweile haben: Während meiner Zeit als Umweltministerin konnten die Genehmigungszeiten für Anlagen in diesem Land fast halbiert werden. Als ich begonnen habe, hatten wir einen durchschnittlichen Genehmigungszeitraum von 6,8 Monaten. Mittlerweile haben wir einen von 3,7 Monaten. Auch hieran wird deutlich, dass wir versucht haben zu verschlanken und Genehmigungsverfahren kürzer und effizienter zu machen.

Wenn ich im Abfallbereich neben dem Verwerteerlass z. B. auf unsere Untersuchung zur Klärschlammverwertung komme, die wir Ihnen als

(Ministerin Bärbel Höhn)

(A) Kurzberichte auch zur Verfügung gestellt haben, dann sind es, Herr Lindlar, mittlerweile die Minister Miller und Schnappauf von Bayern, die sich gegenseitig Konkurrenz machen, dass sie noch schneller als die anderen den Klärschlamm von den landwirtschaftlichen Flächen haben wollen. Es ist sozusagen die gesamte Spitze von Bayern, die sich an unser Gutachten heranhängt und versucht, schnell den Anschluss zu dem zu gewinnen, was Nordrhein-Westfalen auf den Tisch gelegt hat.

Bei der letzten Sitzung der Länder mussten wir dreimal um uns schauen, weil niemand der Position von Nordrhein-Westfalen noch widersprochen hat. Im Gegenteil: Alle versuchten, noch ein bisschen schneller in die Offensive zu kommen, als wir das sowieso mit unserem Gutachten sind.

Eines möchte ich aber zum AAV sagen, weil ich die Position, die Sie, Herr Ellerbrock vertreten haben, nicht ganz teilen kann. Interessanterweise teilt diese noch nicht einmal die Industrie. Wir haben jetzt das entscheidende Gespräch mit dem BDI geführt. Er erkennt schon an, dass bestimmte Industriebereiche natürlich die Verursacher von Altlasten sind, und sie sind sich der Verantwortung, die daraus folgt, sehr wohl bewusst. Sie sagen auch sehr deutlich, dass das damalige Lizenzentgelt ein freiwilliges Modell war. Das, was Matthiesen damals gemacht hat, ist ja eigentlich die erste freiwillige Vereinbarung gewesen. Dann sage ich natürlich: Wenn man einmal eine freiwillige Vereinbarung abgeschlossen hat, ist es schon ein Vertrauensverlust, wenn Mitglieder, die dabei mitgemacht haben, dann vor Gericht ziehen und diese freiwillige Vereinbarung beklagen. Da sagt die Wirtschaft: Auch diese Argumentation erkennen wir im Prinzip ein Stück an.

(B) Als die Klage dann lief, haben wir alle darüber benachrichtigt, was sie tun müssen, um ihre Rechte an dem eingezahlten Geld zu wahren. Nun kann man sagen: Wenn dann ein Industriebetrieb diese Rechte nicht eingefordert hat, sondern darauf verzichtet hat, das zu tun, hat er das aus gutem Grund getan, weil er nämlich wollte, dass dieses freiwillige Modell weiter läuft.

Der BDI hat uns gebeten, ihm diese Argumentation noch einmal zu übermitteln. Er sagt im Prinzip auch schon selber, dass er letzten Endes versteht, dass die Landesregierung die 100 Millio-

nen DM nicht zurückzahlen kann. Auch hier sind wir also auf einem guten Weg. (C)

Jetzt das Letzte, weil ich gleich auch noch etwas zu der Einen-Welt-Politik sagen will. Bei der Wasserwirtschaft sind wir, glaube ich, mittlerweile sehr beieinander.

Eines möchte ich noch sagen: Ich bedanke mich sehr herzlich bei den Parlamentariern; denn sie haben der Umweltministerin einen großen Gefallen getan, indem sie gemeinsam den Umweltspektorenanwärtern die Möglichkeit gegeben haben, weiter in der Umweltverwaltung zu bleiben. Das sind junge und engagierte Menschen, gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Vielen Dank für die Lösung, die Sie da für mich erreicht haben!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Koczy. Bitte schön.

Ute Koczy (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Einzelplan 10 haben wir ein Novum: die Eine-Welt-Politik. Damit beweist unsere Ministerin Bärbel Höhn, dass sie über den Tellerrand schauen kann, dass in ihrem Haushalt ökologische, soziale und wirtschaftliche Verbindungen geknüpft werden. Ganzheitliches Denken gehört zum Sein einer Umweltministerin wie Bärbel Höhn eben einfach dazu. (D)

Global und lokal denken, regional handeln, das sind nicht nur Themen im Agrar- und Abfallbereich, das sind ganz heiße Themen in der Einen-Welt-Politik. Und mit dem Haushalt, den wir für den Eine-Welt-Bereich vorlegen, zeigen wir in Nordrhein-Westfalen Kontinuität, aber auch, dass wir fähig sind, den Bereich weiter zu entwickeln, nach vorn zu denken und neue Dinge am Puls der Zeit zu initiieren.

(Beifall der Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Ich beziehe mich da unter anderem auch auf das Promotorinnenprogramm, mit dem wir im Rahmen der Bundesländer sozusagen weltweit führend sind. Das muss man schon ganz klar sagen.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

(Ute Koczy [GRÜNE])

- (A) Das macht uns niemand nach. Da haben wir Zeichen gesetzt, und es wird auch hart daran gearbeitet, dass die Beziehungen, die Nordrhein-Westfalen im internationalen und im Eine-Welt-Bereich pflegt, weitergeführt werden. Es gibt da ganz interessante Themen, z. B. das Thema fairer Handel. Dabei geht es nämlich darum, für Produkte einen fairen und gerechten Preis zu zahlen. Und jetzt frage ich Sie: Kommt Ihnen das Thema denn nicht bekannt vor? Genau, mit diesem Prinzip muss man ja nicht nur im Fleischmarkt handeln, sondern auch in die Eine-Welt-Politik gehen, und da ist die Umweltministerin genau die richtige Person.

Ein weiterer Punkt: In der Förderung der zivilen Konfliktbearbeitung haben wir in Nordrhein-Westfalen einen Sprung nach vorn geschafft. 400.000 DM sollen zusätzlich dafür ausgegeben werden, dass wir unter anderem unsere schon vorhandenen Ausbildungsressourcen für das Inland öffnen. Zivile Konfliktbearbeitung - für viele noch ein fremder Begriff - ist ein Oberbegriff für Initiativen im Bereich der Gewaltprävention und Konfliktlösung. Nordrhein-Westfalen war hier Pionier für Auslandseinsätze in Krisenregionen.

- (B) Heute spricht man im Bund, ja spricht man auf europäischer Ebene über dieses Thema, über dieses Prinzip, über diese Idee, die in Nordrhein-Westfalen als ein kleines Pflänzchen angefangen hat und jetzt als durchgehende Idee weiter fortgeführt wird, weil es eine Alternative zu alteingesessenem Denken, zu militaristischem Handeln bietet. Es ist ein Prinzip, das wir in Nordrhein-Westfalen mit auf die Beine gebracht haben, unser Baby, auf das wir ganz stolz sein können.

Und jetzt geht es weiter: Wir öffnen das Tor für zivile Konfliktbearbeitung auch für den innergesellschaftlichen Bereich. Da bleibt Nordrhein-Westfalen Spitze. Es geht bei diesem Thema um die Ansiedlung von Konzepten gegen Gewalt und für demokratische Strukturen in Nordrhein-Westfalen. Das sind ganz praxisnahe Konzepte, die wir in der Kommune oder auch in der Schule ansiedeln können.

Wir sind sehr froh, dass es gelungen ist, hier die Verknüpfung zwischen den Fähigkeiten, zwischen den Möglichkeiten, zwischen der Expertise von denjenigen Leuten zu schaffen, die nicht nur seit fünf, sondern schon seit x Jahren, seitdem es

diese Möglichkeiten in Nordrhein-Westfalen gibt, aktiv sind, sondern die schon jahrzehntelang an diesen Konzepten aus dem Friedensbereich arbeiten. Ich halte solche Konzepte für außerordentlich wichtig und freue mich, dass wir an der Ausgestaltung dieser Programme konstruktiv arbeiten können. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Schönen Dank, Frau Kollegin Koczy. - Das Wort hat noch einmal Frau Ministerin Höhn. Bitte.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Meine Damen und Herren, ich möchte nicht viel dazu sagen. Aber ich habe im Sommer des letzten Jahres einen Bereich bekommen, der mir sehr viel Spaß macht und den ich gern ganz kurz erläutern möchte. Das ist der Eine-Welt-Bereich.

Ich bedanke mich bei dem Ministerpräsidenten dafür. Da habe ich nämlich einen wirklich tollen Bereich bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Er macht mir bei jeder Veranstaltung mehr Spaß. Es ist einfach so.

Sie erleben, wie junge Menschen aus Nordrhein-Westfalen mit dem Friedensdienst in die Welt hinausgehen - ein Jahr irgendwohin in ein Land des Südens - und in Lateinamerika, in Afrika die Verhältnisse dort erleben, und auch dort für Nordrhein-Westfalen geworben haben. Das sind, wenn sie wiederkommen, junge Menschen, die Nordrhein-Westfalen mit diesem Wissen bereichern. Gerade in einer Zeit, in der es um Rassismus geht, gerade in einer Zeit, in der junge Menschen dem überzeugend entgegentreten sollen, ist dieser Friedensdienst einer der sehr wichtigen Punkte, die wir in Nordrhein-Westfalen - so glaube ich - installiert haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber wir haben im Eine-Welt-Bereich noch sehr viel mehr erreicht. In diesem Jahr haben wir uns

(C)

(D)

(Ministerin Bärbel Höhn)

- (A) als Schwerpunkt vorgenommen: Wir wollen etwas für den fairen Handel tun. Wir wollen dazu beitragen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher zum Beispiel für Blumen, Kaffee und viele Genussmittel aus Ländern des Südens einen fairen Preis bezahlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei Blumen ist dieser faire Preis noch nicht einmal höher als bei Blumen, die unter unmöglichsten Bedingungen mit einem Maximum an Pestiziden unter geringsten sozialen Bedingungen erzeugt werden. Die Menschen im Süden, die diese "normalen" Blumen anbauen, werden dadurch massiv gesundheitlich geschädigt.

Deshalb: Wenn Sie Blumen zum Beispiel mit dem Flower-Label aus Ländern des Südens kaufen, die ohne oder mit ganz wenigen Pestiziden angebaut sind und dort von Leuten angebaut werden, die faire Arbeitsbedingungen und faire Verträge haben - diese Blumen sind keinen Pfennig teurer -, können Sie alle einen Beitrag zum fairen Handel, zum fairen Miteinander von Ländern des Südens und Nordrhein-Westfalen leisten. Das machen wir hier, und das macht Spaß. - Vielen Dank.

- (B) (Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 10 liegen nicht vor.

Wir stimmen zunächst über die vorliegenden Änderungsanträge ab. Wir stimmen erstens über den **Änderungsantrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 13/933** - Stichwort: BSE-Soforthilfeprogramm - ab. Wer ist für diesen Antrag der CDU-Fraktion? - Der Antragsteller. Wer ist dagegen? - Koalitionsfraktionen. Stimmenthaltungen? - F.D.P.-Fraktion. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen zweitens über den **Änderungsantrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 13/934** - Stichwort: Erstattung BSE-Schnelltestkosten - ab. Wer ist für diesen Antrag der CDU-Fraktion? - Die Antragstellerin und die F.D.P. Wer ist dagegen? - Koalitionsfraktionen. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen drittens über den **Änderungsantrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 13/935** - Stichwort: Erstattung Entsorgungskosten Tierkörperbeseitigung - ab. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - CDU-Fraktion und F.D.P.-Fraktion. Wer ist dagegen? - Koalitionsfraktionen. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen viertens über den **Änderungsantrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 13/936** - Stichwort: Gewässerunterhaltung - ab. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - CDU-Fraktion. Wer ist dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Stimmenthaltungen? - Stimmenthaltung bei der F.D.P. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen fünftens über den **Einzelplan 10** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/810** ab. Wer für diese Beschlussempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? - CDU und F.D.P. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen**.

Ich rufe **Nummer 5** auf:

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei

mit den Teilbereichen a) Ministerpräsident und Staatskanzlei, b) Landesplanung und c) Europaangelegenheiten. Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/802 und eröffne die Beratung zum Teilbereich

a) Ministerpräsident und Staatskanzlei

Das Wort hat für die CDU-Fraktion Kollege Jostmeier. Bitte schön.

Werner Jostmeier (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal sollte man angesichts der Tatsache, dass wir schon 21.10 Uhr haben, einen herzlichen Dank an all die Kolleginnen und Kollegen richten, die noch da